

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.  
Anzeigenpreis die 5 Spaltenreihen  
je 40 Pfg.  
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 12.  
Schluß der Redaktion: Montag  
Abend 6 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementbestellungen  
u. find an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

### Zweiter deutscher Arbeiterkongress.

Dritter und letzter Verhandlungstag.

Am Dienstag wurde der Kongress mit einigen geschäftlichen Mitteilungen eröffnet, die u. a. auch die Feststellung enthielten, daß die an dem Kongress teilnehmenden Organisationen 1.100.000 Mitglieder haben, und daß nach Abzug der doppelorganisierten zirka 1 Million Arbeiter durch den Kongress vertreten werden.

Zuerst gab es keinen Nachtrag zu der gestrigen Debatte über die

#### Sonntagsruhe

Verschiedene Redner, unter ihnen Schmick-Düsseldorfer von der christlichen Bäcker-Gewerkschaft, wie zuletzt auch der Referent Döring im Schlußwort, betonten darin möglichst nachdrücklich die Notwendigkeit der Erziehung des Publikums zu besseren Gewohnheiten beim Einkauf. Von allen Seiten wurde verlangt, daß das Publikum an Sonntagen möglichst nicht mehr einkaufe. Dann werde die Sonntagsruhe von selber kommen.

Die Resolution über die Sonntagsruhe wird am Schluß der heutigen Schlußtagung zur Abstimmung kommen.

Der Kongress ging dann zum nächsten Punkte der Tagesordnung über:

#### Der Arbeiterschutz in der gesundheitsgefährlichen und schweren Industrie.

(Dieses Referat bringen wir ausführlich an anderer Stelle unseres Organs zum Abdruck.)

Nach Beendigung des Referats von Wieber wurde die nachstehende Kundgebung des Kaisers verlesen und mit freudigen Gefühlen und lautem Beifall entgegengenommen.

**Ich bitte den Vorstand, dem Zweiten Deutschen Arbeiterkongress für den Ausdruck treuer Anhänglichkeit und nationaler Gesinnung meinen wärmsten Dank auszusprechen. Ich freue mich, daß auf dem Kongress eine so ansehnliche Zahl patriotisch fühlender deutscher Arbeiter vertreten ist und wünsche den Verhandlungen des Kongresses einen guten Erfolg zum Segen der Arbeiterschaft wie des gesamten Vaterlandes.**

Wilhelm I. R.

Sodann folgte die

#### Debatte über das Referat Wieber

Zuerst spricht der Vorsitzende des neuen Grubenarbeiterverbandes in Bochum, Herr Werner, die breitere Steigerfrage an. Er verwies darauf, daß die Unternehmer in der letzten Zeit immer stärker auf möglichst großen Gewinn hinarbeiteten und zu diesem Zweck die Steiger durch ein schiefes Prämienystem zwängen, die Arbeiter zur äußersten Anspannung ihrer Kräfte anzutreiben. Weiter stellten sie Grubeninspektoren an, die selbst ganz unverantwortlich wären, die aber für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter verantwortlichen Steiger zwängen, die Arbeiter zu möglichst rascher Förderung anzutreiben. Um diese Mißstände zu bekämpfen, habe man den mit den denkbar schärfsten Mitteln vor. — Weiter sprach Joh. Effert, der Vorsitzende der Siebenerkommission im letzten Streik der Ruhrbergleute. Er wies an der Hand eines

langen Papiermaterials nach, daß mit der steigenden Entwicklung des Bergbaues eine ungeheure Steigerung der Kräfte im Bergbau verbunden sei. Der Staat habe 30 Jahre lang für die Arbeiter nichts getan, und als er nun 1908 etwas getan habe, da sei ein Gesetz herausgekommen, das in seiner Anwendung den Arbeitern sehr einen erheblichen Schaden bringen werde. Besonders bei jüngeren Invaliden stelle sich der jährliche Schaden gegenüber dem gegenwärtigen Zustande auf nicht weniger als 144 Mark!!! Redner schließt: Sobald man uns eine Verhinderung setzt, sind wir zu ihrer Annahme bereit. Wir dürfen und werden aber nicht zulassen, daß die uns angebotenen Reformen stets durch neue Verschlechterungen erkauft werden. Die christliche Weltanschauung ist nicht nur für die Arbeiter da, sondern auch dafür, daß sie von den höheren Schichten und besonders der Regierung und den Arbeitgebern geschützt werden. (Großer Beifall.)

Wernerus. Masslath-Burbach (christl. Met.-Verb.) Wenn eine Arbeiterschaft dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband und dem zweiten Arbeiterkongress Dank weiß, für die Behandlung der Frage über die Arbeitsverhältnisse in der Hütten- und Walzwerksindustrie, so sind es die Arbeiter an der Saar.

In Saarabien kann die Industrie auf ein halbes Jahrhundert ihrer Tätigkeit zurückblicken. Die Abhängigkeit der Arbeiter war hier durch System auf das denkbar höchste Maß ausgebaut. Um das Koalitionsrecht zu erringen, mußte im vergangenen Jahre auf der Burbacherhütte durch den christlichen Metallarbeiterverband ein schwerer Kampf geführt werden. Es war der erste Streik auf den Hüttenwerken jener Gegend, und es ist viel darüber gesagt und geschrieben worden. Das eine steht ohne Zweifel fest, die Tatsache allein, daß 3000 Arbeiter, die bisher in der größten Abhängigkeit lebten, es gewagt haben, gegen die Verhältnisse zu opponieren, ist ein großer Erfolg. Besser ist es durch diesen Kampf, den wir allein führen mußten, aber doch geworden. Burbach und die übrigen Werke erhöhten die Löhne, die Behandlung der Arbeiter wurde eine bessere u. s. f.

Wenn man nun die Gegnerschaft der Arbeitgeber gegen die organisierten Arbeiter verstehen kann, so muß das Verhalten der Behörde verschiedentlich bestreuen. In Bous versagt der Herr Bürgermeister die Erlaubnis zum Flugblattverteilern mit der Motivierung: „Es ist mir nicht angenehm.“ In Böllingen werden unsere Versammlungen nur von den beiden auf der Hütte beschäftigten Polizisten überwacht. Kürzlich behauptete ein Versammlungsteilnehmer in Gegenwart eines solchen Schutzmannes, derselbe gehe aus der Versammlung zum Bureau der Hütte, um die Namen der Versammlungsteilnehmer anzugeben. Bis zur Stunde hat der Schutzmann gegen diese Behauptung nicht protestiert. (Hört! hört!)

Noch etwas über die Art der Bekämpfung durch die Arbeitgeber. Nachdem Maßregelungen nicht helfen, versucht man es mit Geld. In Böllingen gibt es 20 Mark für das Koalitionsrecht. St. Ingbert liefert nur an nicht christlich organisierte Arbeiter billige Kartoffeln. Burbach hat ebenfalls zu solchen Zwecken einen Hüttenverein. Auch durch die Werkkonjunktur werden die Arbeiter abhängig gehalten, indem gegen Bous gekauft wird, sodaß der Arbeiter am Ende der 14 Tage nicht selten ohne einen Pfennig Geld nach Hause geht. Nächsten darum die Arbeiter jener Gegend von unserer Tagung recht großen Nutzen haben und auch die Arbeitgeber zu der Einsicht kommen, daß der Arbeiterstand frei und selbständig der Industrie und dem Vaterland am besten dienen kann.

Hg. Giesberts stimmte den Forderungen Wiebers im wesentlichen zu. Der Reichstag habe bereits die Forderung nach Erhebungen angenommen und es hänge nur von der Regierung ab, ob etwas geschehe. Viel länger als ein Jahr brauchen die Erhebungen nicht zu dauern; denn es kämen nur wenige sehr große Betriebe in Betracht. Der Redner wendet sich weiter dagegen, daß bei zahlreichen sogenannten Wohltätigkeitsklassen die Arbeiter, wenn sie ihre Arbeitsstellen verlassen, das in die Kassen eingezahlte Geld nicht zurückbekämen. Weiter polemisierte noch Müller-Waldburg, ein Mitglied der kathol. Fachabteilungen, gegen den Streik und rief mit seinen konfuse Ausführungen aber teils heftigen Widerspruch, teils auch schallendes Gelächter hervor.

Hirtliefer-Essen (christl. Met.-Verband) antwortet zunächst dem letzten Redner der Berliner Fachabteilungen: Durch den Verzicht auf das Streikrecht liefern die Befürworter der Fachabteilungen die Arbeiter der Gnade oder Ungnade des Unternehmertums aus. Auf demselben Standpunkt stehen auch die gelben Gewerkschaften, und mit denen wollen wir als christlich-nationale Arbeiter doch nichts gemein haben. (Stürmischer Beifall.)

Am allerlehten können die Hütten- und Walzwerksarbeiter, die es mit einem Millionenkapital zu tun haben, auf das allerlehteste Recht der Notwehr — das Recht der Arbeitsverweigerung — verzichten. Die gesundheitsgefährliche, körperlich aufreibende Arbeit in den Feuerbetrieben kann ja selbst von den Unternehmern nicht geleugnet werden. Als Beweis dafür kann eine Bestimmung in den Satzungen der Kruppischen Pensionskasse angesehen werden. Gemäß dieser Bestimmung sind die Feuerarbeiter nämlich schon nach fünfzehnjähriger Arbeitsleistung pensionsfähig, während alle anderen Arbeitergruppen erst nach zwanzigjähriger Dienstleistung pensionsberechtigt werden. Damit hat die Firma Krupp selbst konstatiert, daß die Arbeitskraft eines Feuerarbeiters viel schneller — um ein Viertel der Zeit früher — erschöpft ist, als die Arbeitskraft der

andern Gruppen. Trotz alledem schmachten aber die Feuerarbeiter noch unter der zwölfstündigen Arbeitszeit, während alle andern Gruppen bald auf der ganzen Linie die zehnstündige oder eine noch kürzere Arbeitszeit haben. Ein Pferd, das im Kruppischen Hochofenbetrieb zu Schleppten Dienstleistungen verrichtet, wird alle acht Stunden abgelöst; die Arbeiter dagegen nur alle zwölf Stunden und alle 14 Tage gibt's noch eine 24-Stundenrucht. Die Forderung nach Einführung des Achtstundentages, die wir mit Nachdruck immer wieder erheben, ist eine Frage der Menschlichkeit und Humanität, und sie kann und muß endlich durchgeführt werden.

Seitens der Behörden und mancher Gerichte werden wir in unserm Bestreben, diese Leute empor zu heben, leider noch oft gehemmt, was ja mehrere Redner schon durch Einzelbeispiele näher bewiesen haben. Ein Fall, der in der Öffentlichkeit großes Aufsehen hervorrief, kann hier nicht übergangen werden. Ich denke an das bestrebliche Urteil wegen Landfriedensbruch, das infolge des Streiks bei der Firma Homigmann in Würzburg dreizehn Arbeiter schwer betroffen hat. Neben gibt eine kurze Schilderung der bekannten Vorgänge bei dem Streik, sowie der Gerichtsverhandlungen und fährt dann fort:

Man hat den Vorsitzenden unserer Ortsgruppe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Zwölf andere Arbeiter zu je drei Monaten (Pfuiruse), darunter auch eine 60jährige Frau. Zur Zeit liegt ein Begnadigungsgesuch beim allerhöchsten Landesherrn, unserm Kaiser. Wenn einmal, dann sollte hier Sa. Majestät von dem Begnadigungsrecht Gebrauch machen. Diese Leute haben lediglich ihr gesetzliches Koalitionsrecht wahrgenommen. Öffentlich hat der Kaiser ein Einsehen und läßt es nicht zu, daß bisher unbescholtene Arbeiter und alte Frauen, die sich keiner Schuld bewußt sind, ins Gefängnis gesteckt werden. (Beifall.)

Nachdem inzwischen durch den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Meyer-Düsseldorfer, festgestellt worden war, daß 337 Delegierte und 32 Delegierteninnen anwesend seien, beschloß der Kongress, der Kaiserin zu ihrem 49. Geburtstag eine Glückwunschtelegramm zu senden.

Die Kongressleitung begrüßte nunmehr die beiden in-geordneten Dr. Hise und Dr. Wieber und dann nahm der Referent Wieber das Wort zum Schlußwort. Er ging auf die zahlreichen Anregungen der einzelnen Redner im einzelnen ein und knüpfte dann an die Ermahnungen des Staatssekretärs an, die Arbeiter möchten sich der Verantwortung gegenüber den anderen Ständen immer bewußt sein: das gelte auch für die Unternehmer. Wenn sie den guten Willen zeigten, mit den Arbeitern zusammen zu arbeiten, dann werde es gelingen, gesunde Zustände zu schaffen.

Die Versammlung ging dann über zu dem Referat des

#### Gewerbliche

#### Arbeiterinnenfrage und Arbeiterinnenorganisation.

Die Rednerin schildert die Entwicklung der Frauenfrage, den Kampf gegen die überlebensfähige Anschauung „die Frau gehört ins Haus“ und zeigt dann an der Hand eines umfassenden statistischen Materials den Umfang der Frauenerwerbsarbeit in der heutigen Zeit. Na ch der Berufs- und Gewerbebeziehung des Jahres 1895 waren insgesamt 5 264 393 Frauen und Mädchen am Erwerbseleben beteiligt, außerdem 1 318 957 Dienstboten. Von den 5 264 393 beschäftigte die Landwirtschaft 2 754 154, die Industrie 1 521 118, Handel und Verkehr 579 608, die wechselnde Lohnarbeit in der Hauswirtschaft 233 965, die freien Berufe 176 648 weibliche Personen. Der Industrialismus und damit die Zahl der Arbeiterinnen steigt ab und relativ unumkehrbar. Frauen, Mädchen, jeden Alters, aus der Großstadt, aus der Mittel- und Kleinstadt, vom flachen Lande, strömen in Fabrik- und Hausindustrie. Die Notwendigkeit, sich selbst und des öfteren eine Familie zu erhalten, zwingt viele in die Fabrik. Denken wir an Witwen, Eheverlassene, die Frauen der erwerbsunfähig gewordenen Männer, die Frauen von Arbeitslosen und Trunksüchtigen, die alten Mütter, deren Kinder sie nicht unterhalten können oder wollen. Nicht selten begegnet man in den Inspektionsberichten dem Hinweis, die Frauen folgten der Macht der Gewohnheit. Die mangelhafte Erziehung für den eigentlichen Beruf beeinträchtigte den Sinn für Hauslichkeit und Kindererziehung. Als weitere Gründe werden angegeben: Die Ab-sicht durch die Arbeit einen Rückhalt für Krankheit, Alter und Invalidität zu gewinnen, sich eine verbesserte Lebenshaltung zu verschaffen, sich den Kauf eines Hauses zu ermöglichen (bei landlichen Arbeiterinnen).

Bei dem Angebot der unterbetrahteten sind Unterseidungen zu machen. In der Großstadt konzentrieren sich gewaltige Massen ungelerner Arbeiter. Die Lebenshaltung ist teuer. Jedes Kind ist eine willkommene Arbeitskraft, ihre direkte schwebende Verwendung unerlässlich. Das vierzehnjährige Mädchen geht in die Fabrik. Da verdient es sofort. Die Tüchtigkeit als Verkäuferin in den Warenhäusern, in den Buchgeschäften, in den Nähateliers oder bei der Näherin bleibt ein Privileg der Töchter gelernter Arbeiter. In der Mittel-Fabrik Stadt, allen, auch die Töchter der gelernten Arbeiter die Fabrikbetriebe. Es fehlt an genügenden Möglichkeiten, zu anderweitiger nützlicher Verwendung.

Unsere Industrie hätte diesen Zustrom an weiblicher Arbeitskraft gar nicht aufzunehmen vermocht, hätte nicht die Technik mit ihrem Maschinenwesen tausend neue Möglichkeiten ihrer Verwendung geschaffen. Gewisse Industriezweige können die weiblichen Hilfskräfte überhaupt nicht entbehren, so die Textilindustrie, dann die Konfektionsindustrie u. a. Aber nicht nur wegen ihrer Verwendbarkeit erscheint den Unternehmern diese Arbeitskraft so begehrterwert. Ausschlaggebend ist in den meisten Fällen die Billigkeit und größere Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiterinnen. Verheiratete Frauen ziehen manche Unternehmer den Mädchen vor wegen größerer Billigkeit und Willigkeit. Sie haben ein erhöhtes Interesse daran, Stellung und Brot zu erhalten, sie sind die brauchbarsten und zufriedensten Arbeiterinnen. In der Hausindustrie haben wir gleichfalls überall verheiratete Frauen und Unverheiratete. Die verheiratete Frau wird Heimarbeiterin, weil ihr die Fabrikarbeit nicht zusagt, zu geringen Verdienst abwirft, keine Fabrik am Ort vorhanden, ein Abkommen von Hause unmöglich ist. Das „Müssen“ ist selbstverständlich voranzusetzt.

Bei all dem bleibt zu berücksichtigen, daß die Arbeiterinnen oft schwächerer physischer Herkunft und schlecht genährt, dadurch eher zu Krankheiten geneigt sind. In der Leinwand- und Textilindustrie herrschen Schwindbrüche, in Waid- und Plättanstanlagen rheumatische Leiden vor. In Seidenwebereien lassen sich öftere Schädigungen des Sehvermögens konstatieren, ebenso in der Konfektion. Die Arbeit an Maschinen mit Fußbetrieb hat für verheiratete Frauen die nachteiligsten Folgen. Von ungeheurer Tragweite sind auch die geistig-sittlichen Gefahren, speziell unter Berücksichtigung ihrer Einwirkung auf die heranwachsende Jugend. Man muß das Leben in der Fabrik mit gemischtem Personal kennen, um es voll würdigen zu können. Daß auch ein Zusammenhang zwischen niedriger Entlohnung und geheimer Prostitution bestehen kann, sei nur erwähnt. Noch einer dunklen Seite der modernen Frauenerwerbsarbeit sei hier Erwähnung getan — der Einwirkungen auf den Verfall der Frau als Hausfrau, Gattin und Mutter. Ohne Vorbildung auf des Weibes eigentlichen Beruf wächst auch heute noch der größte Teil der Hausfrauen und Mütter der Arbeiterschaft heran. Das kommende Geschlecht wird dazu in den Müttern getroffen! Die schulpflichtige Jugend ist sich durchweg vollständig selbst überlassen.

Die gewerbliche Arbeiterinnenfrage läßt sich nach all dem Gesagten in ihren Haupt- und Zweiggebieten etwa wie folgt umschreiben: Die Existenzunsicherheit der gewerblich tätigen Frauen und Mädchen, verstärkt durch die weibliche Eigenart, die gesundheitlichen Nachteile, die sittlichen Gefahren, das Verkümmern der Fähigkeiten die für des Weibes Beruf als Hausfrau, Gattin und Mutter unentbehrlich sind, die dadurch entstehenden Schädigungen des Familienlebens und der Nachkommenschaft — als Folgen der modernen Erwerbsarbeit — das ist der Inhalt der Arbeiterinnenfrage.

Die Rednerin kommt dann zum Kapitel Frau und Gewerkschaft. „Die Frauenorganisation ist das Schmerzenskind der Gewerkschaftsbewegung.“ Den mannigfachen Mißerfolgen sehen aber auch Ertrugenschaften gegenüber. Den Weg zur Gewinnung der Arbeiterinnen für die Organisation werden wir am besten finden, wenn wir die Gründe ihres ablehnenden Verhaltens kennen. Das Mädchen betrachtet die Fabrikarbeit als Durchgangsstadium. „Für die paar Jahre, die ich im Betriebe tätig bin, wird der Lohn schon laugen!“

Rednerin beschäftigt sich dann eingehend mit den Maßnahmen, die zugunsten einer stärkeren Organisation der arbeitenden Frau angewandt werden können und kommt dann zu dem Schlusse: Unsere Zeit verlangt gebieterisch ein Einbeziehen der Frauen und Mädchen in die Arbeiterbewegung. Wir bedürfen wissender Frauen, um der Zukunft des ganzen Standes willen. Der die Frauen hat, hat die Jugend und die Zukunft! Je schärfer wir dessen bewußt werden, um so energischer werden wir für Arbeiterinnenorganisation, Arbeiterinnenorganisation, wie für hauswirtschaftliche und allgemeine geistige Weiterbildung der Arbeiterinnen eintreten. Förderung und Unterstützung von Patronagen, konfessionellen Standesvereinigungen, Arbeiterinnenvereinen und vor allem Förderung obligatorischer Fortbildungsschulen für die weibliche Jugend. (Stürmischer Beifall.)

Zum Anschluß an dieses Referat entwickelte sich wieder eine lebhafte Debatte, in der die verschiebendsten Rednerinnen den Ausführungen der Referentin beipflichteten. Dabei hob insbesondere Hl. Ragerl-Berlin die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens der Frauen anderer Stände hervor. Hl. Bachmann von den Berliner kath. Fachabteilungen nahm noch Stellung zur Koalitionsfrage. Auch sie will eine Ausbildung des Koalitionsrechts, aber nur in den Schranken, die durch Sittlichkeit, Gesetz und öffentliches Wohl gesetzt seien. Mit einem kurzen Schlusssatz fand die Debatte ihr Ende.

Der Kongreß kam dann zur Abstimmung über die zahlreichen anderen vorliegenden Resolutionen. Eine davon, die das Reichstagswahlrecht für die Einzelstaaten verlangt, wurde zurückgezogen, weil sie nicht zur Kompetenz des Kongresses gehörte. Alle anderen wurden in der von der Redaktionskommission inzwischen festgesetzten Form angenommen.

Damit war der Kongreß am Ende seiner Arbeit angelangt. Der Kongreßschluß wurde für die nächste Periode

niedergewährt, nachdem er vorher durch ein Mitglied des bayerischen Eisenbahnverbandes ergänzt worden war. Ferner wurde ihm das Recht der Kooptation gewährt.

Der Kongreß beschloß dann, dem Reichskanzler über die Beschlüsse des Kongresses Vortrag halten zu lassen. Die Wahl der Deputation wurde dem Ausschusse übertragen. Es sollen darin die verschiedenen Richtungen berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende Stegerwald warf dann einen Rückblick auf die gesamte Verhandlung des Kongresses. Er sprach der Regierung den lebhaften Dank der Versammlung dafür aus, daß zum ersten Male der Staatssekretär des Innern und der preussische Handelsminister zu den Verhandlungen erschienen seien. Er dankte dann weiter den verschiedenen Fraktionen, die Vertreter zu diesem Kongresse entsandt hatten und betonte dann in Anknüpfung an die Worte des Staatssekretärs, daß die Eingliederung der Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft auf dem besten Wege sei und daß dieser Kongreß dazu sicher erheblich beitragen werde.

Mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeitergesellschaft wurde der Kongreß geschlossen.

## Die Beschlüsse des Arbeiterkongresses

### 1. Obligatorische Einführungen des Verhältniswahlrechts.

Der zweite deutsche Arbeiterkongreß konstatiert, daß das Verhältniswahlrecht, soweit es bisher bei Wahlen und Gewerbegerichten eingeführt ist, sich durchaus bewährt hat.

Der Kongreß erwartet von der Reichsregierung die baldige obligatorische Einführung des Proportionalwahlrechts für alle sozialen Wahlen auf den Gebieten der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechts.

### 2. Die Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften.

Der zweite deutsche Arbeiterkongreß möge beschließen: Der Kongreß erhebt entschiedenen Anspruch gegen die in den meisten deutschen Bundesstaaten vorhandene Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften und erklärt:

1. Der Kongreß verlangt für die Konsumgenossenschaften keine Bevorzugung, sondern nur eine Gleichstellung in rechtlicher und steuerlicher Beziehung mit den anderen Genossenschaften, mit denen sie in ihren Wirkungen und Zielen wesensgleich sind.
2. Die staatliche und kommunale Förderung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften einerseits und die Ausnahmebesteuerung der Konsumgenossenschaften andererseits ist um so mehr geeignet, Erbitterung zu erregen, als dem letzteren zum weitesten größten Teile Glieder der arbeitenden Stände als Mitglieder angehören, welche einerseits eine Erhöhung ihrer Kaufkraft am meisten bedürfen, andererseits aber auch durch direkte und indirekte Steuern im Verhältnis zu den anderen Ständen belastet sind.
3. Der Kongreß erachtet es deshalb als unbedingt erforderlich, daß die Gesetzgebung eine Rechtsgleichstellung aller Genossenschaftsarten herbeiführt.

### 3. Reichsberggesetz.

Der 2. deutsche christlich-nationale Arbeiterkongreß verlangt im Interesse einer einheitlichen Arbeitergesetzgebung (Arbeiterlohn, Arbeiterrecht, Arbeiterversicherung), sowie mit Rücksicht auf die unbefriedigten Ergebnisse der letzten Reform des Bergarbeitergesetzes und der Knappschaftskassen im preussischen Landtage die Regelung der Bergarbeiterverhältnisse durch ein Reichsberggesetz.

### 4. Reichsvereinsgesetz.

Der 2. deutsche Arbeiterkongreß erneuert die Stellungnahme des Frankfurter Kongresses zur Frage eines Reichsvereinsgesetzes und erwartet eine so freibeiwillige Gestaltung der von den verbündeten Regierungen offiziell angeforderten Vorlage, daß sie eine ungehinderte Entwicklung der Arbeiterbewegung sichert und auch den Anstellungen des Staates das Organisationsrecht gewährleistet.

### 5. Gelbe Gewerkschaften.

Der 2. deutsche Arbeiterkongreß erklärt sich als Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck gegen die unter dem Sammelnamen „Gelbe Gewerkschaften“ bekannten Vereinigungen, die in der Regel im Interesse der Unternehmer gegründet und von diesen abhängig sind. Diese Organisationen können den Arbeitern statt größeren wirtschaftlichen Vorteilen und staatsbürgerlichen Freiheiten nur Abhängigkeit, statt Sicherung der Arbeiterrechte, höchstens Wohlstand bieten und an Stelle der Erziehung der Arbeiter zum Standesbewußtsein, zur Selbstständigkeit und Selbsthilfe werden durch die „Gelben“ Vereinigungen wehrlos und daher stets willfährige Hilfstruppen der Unternehmer geschaffen.

Diese „gelben“ Organisationen aller Art sind daher als Zwittrergestaltungen anzusehen, welche die idealen und materiellen Interessen der Arbeiterschaft nur empfindlich schädigen. Die Kongreßteilnehmer sind überzeugt, daß die „gelben“ Organisationsgebilde wegen ihrer reaktionären Tendenzen den nationalen Interessen des deutschen Vaterlandes keineswegs förderlich sein können. Nur charaktervolle, zum selbstständigen Denken erogene, vaterländisch gesinnte Arbeiter, können als Staatsbürger den modernen Anforderungen der Nation und den Interessen der allgemeinen Volkswohlfahrt Genüge leisten.

Der Kongreß fordert daher die ihm angeschlossenen Organisationen auf, die sogenannten „gelben“ Arbeitervereinigungen scharf zu überweisen und vor allem ihrem weiteren Fortdauern durch Festigung und Ausbreitung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung einen kräftigen Damm entgegen zu setzen.

### 6. Verschlechterung der Arbeiterversicherung.

Der Kongreß protestiert mit Entschiedenheit gegen die Verschlechterungen zur Verschlechterung der Arbeiterversicherung, wie sie in der Reichsregierung und

Besichtigung der kleinen Renten bei der Landwirtschaftlichen Unfallversicherungsgenossenschaft zutage treten und von einzelnen landwirtschaftlichen Organisationen gefordert wird.

Die Abschaffung der kleinen Renten bis zu 25 Prozent, selbst bis zu 33 Prozent, wie es verschiedene Landwirtschaftskammern verlangt haben, bedeutet nicht nur eine Schädigung der ländlichen Arbeiter, sondern ebenso der kleinen und mittleren Bauern. Derartige Maßnahmen sind höchstens geeignet, die Landflucht zu fördern und die Landwirtschaft selbst in Mitleidenschaft zu ziehen.

Der Kongreß spricht die Erwartung aus, daß die Regierung und die Parteien des Reichstages diesen Bestrebungen nicht nur keine Folge geben, sondern die Verschlechterung der ländlichen Arbeiter in der sozialen Versicherung beseitigen werden, vor allem durch Einbeziehung derselben in die Krankenversicherung und Gewährung des Koalitionsrechts.

### 7. Arbeiterinnenrecht.

Der Kongreß fordert die Arbeiterorganisationen auf, sich mehr wie bisher, der Arbeiterinnenbewegung anzunehmen, besonders ihre Organisation in Standes- und Berufsvereinen zu fördern und durch Anstellung von Sekretarinnen auch in den gemischten Organisationen eine Berücksichtigung der weiblichen Eigenart mehr zu ermöglichen. Von der Gesetzgebung verlangt der Kongreß: 1. den Ausbau des Vereins- und Versammlungsrechts, dahingehend, daß den Arbeiterinnen die Wahrnehmung ihrer sozialpolitischen Interessen uneingeschränkt gewährleistet wird. 2. Verbot der Frauenarbeit in der gesundheitschädlichen und schweren Industrie, insbesondere in Bergwerken, in Bleichwässerbetrieben und den damit verbundenen Nebenanlagen, sowie im Hoch- und Tiefbau, in Ziegelfabriken usw. 3. Verkürzung der Arbeitszeit. 4. Obligatorische Fortbildungsschulen, verbunden mit Hauswirtschafts-Unterricht für jugendliche Arbeiterinnen. 5. Erweitertes Schutzes der verheirateten Frauen und Wöchnerinnen. 6. Vermehrung der weiblichen Beamten bei der Gewerbeinspektion. 7. Verleihung des Wahlrechts an die Arbeiterinnen für die bestehenden und noch zu schaffenden sozialen Institutionen (Gewerbegerichte, Arbeitskammern usw.). 8. Gesetzlichen Schutzes der Arbeiterinnen in der Hausindustrie. 9. Schaffung eines einheitlichen Geständerechts.

### 8. Heimarbeiter.

Der Kongreß fordert, um eine Gesundung der Verhältnisse in der Heimarbeiter anzubahnen, von Reichstag und Bundesrat 1. die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiter) in die Versicherungsgesetzgebung, 2. die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Hausindustrie und die Einführung der Wohnungsindektion mit gleichzeitiger Vermehrung der weiblichen Beamten; vor allem aber 3. die Schaffung von Instanzen als Einigungs- oder Tarifämter für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie, die mit Verhandlungszwang für beide in Frage kommenden Interessentengruppen ausgestattet werden müssen.

### 9. Sonntagstrafe.

Der 2. deutsche Arbeiterkongreß richtet an den Hohen Bundesrat das förmliche Ersuchen, den in der 16. Kommission des Reichstages vom Jahre 1899 bereits angekündigten Gesetzesentwurf betreffend Verregelung der Sonntagstrafe dem Deutschen Reichstage nun endlich zugehen zu lassen und darin vor allem die völlige Sonntagstrafe für das Handels- und das Erdereigengewerbe vorzusetzen.

Der Kongreß fordert weiterhin die Schließung der Barbier- und Krisenraffinerie an den Sonntagen von 10—12 Uhr.

### 10. Forderungen für die schwere Industrie.

In Erwägung, daß in der schweren und gesundheitschädlichen Industrie infolge des fortwährenden Produktionsprozesses, der hastenden, langen und schweren Arbeit, der damit verbundenen großen Hitze und giftigen Gase, die Unfälle und Krankheiten eine ungeheure Steigerung erfahren, desgleichen die Kraft der Arbeiter vor der Zeit aufgerieben, sanitäre und hygienische Einrichtungen vielfach mangelhaft sind oder gänzlich fehlen, die Koalitionsfreiheit sowie die Freizügigkeit der Arbeiter immer mehr gefährdet wird; in weiterer Erwägung, daß die schwere Industrie eine Entwicklung genommen hat, die bezüglich Produktionssteigerung, Prosperität sowie Erträge der Reingewinne für angelegte Kapitalien alle anderen Erwerbszweige überflügelt, mithin dieselbe in der Lage ist, weitere materielle Aufwendungen zu gunsten der beteiligten Arbeiter ertragen zu können, erklärt der zweite deutsche christlich-nationale Arbeiterkongreß einen erweiterten Arbeiterlohn in genannter Industrie für unbedingt erforderlich. Insbesondere ist dringend geboten eine gezielte Regelung der Arbeitszeit, Einführung der achtstündigen Schicht für Feuer-, Hütten- und Hochofenarbeiter, bessere sanitäre und hygienische Einrichtungen in den Betrieben, Vorbeugung von Unfällen durch schärfere Unfallverhütungsvorschriften und Kontrolle seitens der Fabrikinspektoren unter Einziehung sachkundiger Arbeiter, Einföhrung der Sonntags- und Verbot der Frauenarbeit, Verhinderung des Mißbrauchs der Woffabrikateinrichtungen und Sperrmaßregeln zum Nachteil der Koalitionsfreiheit usw. Der Kongreß begrüßt daher das Vorgehen der arbeitervereindlichen Parteien im deutschen Reichstage zu Gunsten dieser Arbeiter und erwartet, daß die Reichsregierung dem einstimmigen Beschlusse des Reichstages vom 16. April 1907 baldigst Folge geben und Erhebungen über die Lage und die gesundheitlichen Verhältnisse der Walzwerks- und Hüttenarbeiter vornehmen wird, insbesondere über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Feuerarbeit auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr), 2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der bestehenden Waid- und Badeeinrichtungen, Weileräume usw. 3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, 4. Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Schichten, Umfang der Heimarbeiter, Zahl der darauf beteiligten Arbeiter und der auf den einzelnen entfallenden Ueberstunden resp. Ueberstunden, über die Möglichkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitsschicht für schwerere Feuerarbeiten, 5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffend die Sonntagstrafe, mit dem Ziel

... monochromen Anstrich der Sonnenarbeit, S. eine entsprechende Bundesratsverordnung auf Grund der Photographen 120 und 139a der Gewerbeordnung zu erlassen.

Der Kongress hegt das Vertrauen zum deutschen Reichsfuge, daß derselbe allen Nachdruck auf die Durchführung dieser seiner Beschlüsse zu legen geneigt ist.

Der Kongress fordert vom Ausschuss für Privatversicherung eine schärfere Beachtung der Werkstätteninspektion, um einen Mißbrauch dieser Einrichtung zum Nachteil der Arbeiter zu verhindern und ihnen die auf Grund ihrer Leistungen erworbenen Rechte unbedingt zu sichern.

Des ferneren erhebt der Kongress gegen das sogenannte Sperrsystem, wodurch abgelegte Arbeiter monatelang auf anderen Werken keine Beschäftigung erhalten, wie es zur Zeit schon teilweise besteht und weiter einzuführen versucht wird, entschiedenen Einspruch.

Durch dieses Sperrsystem werden die Arbeiter materiell aufs schwerste geschädigt, die Freizügigkeit wird in ungesetzlicher Weise unmöglich und die durch die Gewerbeordnung garantierte Freiheit des Arbeitsvertrags illusorisch gemacht.

Der Kongress verlangt von der Regierung und dem Parlament geeignete Maßnahmen, um einen großen Teil des deutschen Volkes vor schweren Nachteilen zu bewahren.

In der Erkenntnis, daß besserer gesetzlicher Arbeiterschutz, sowie der Schutz der Koalitionsfreiheit gegenüber ungerechten Maßnahmen von Werken nur zu erreichen ist durch eine starke gewerkschaftliche Organisation, werden die Hütten- und Walzwerksarbeiter aufgefordert, der christlich-nationalen Arbeiterbewegung beizutreten.

Weitere Presstimmen über den Kongress.

Die „Deutsche Zeitung“ bedauert die scharfe Absage an die gelben Gewerkschaften, ist im übrigen aber freundlicher zu der Bewegung wie früher. Sie schreibt:

Wir gestehen, daß sich inzwischen ein Teil unserer Sorgen verflüchtigt hat. Die Reichsregierung ist der Gefahr, die vor vier Jahren vorlag: staatsmännisch zu wenig durchdachte Augenblicks- und Popularkits-Politik auf sozialem Gebiete zu treiben, nicht erlegen. Mit des Grafen Posadowsky Vorlagen, die allerdings zum Teil durch das preussische Staatsministerium mit Klammern versehen waren, sind wir fast immer einverstanden gewesen — trotz mancher halb entschleierte Motive und einiger unerschleiert einseitigen Reden des früheren Herrn Staatssekretärs. Ferner ist der Zustrom evangelischer Arbeitervereinigungen zu diesem großen Arbeiter-Kongress stark genug gewesen, um gegenüber manchen Schärpen der sogenannten Zentrumsdemokratie ausgleichend zu wirken. Drittens hat die Beteiligung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und zahlreicher kleiner Beamten-Vereinigungen offenbar außerordentlich nützlich gewirkt in der Richtung der Betonung nationaler Gesichtspunkte in dieser Arbeiterbewegung und des gegenseitigen Abwägens von besonderen Ständebedürfnissen und allgemeinen Vaterlandsinteressen. Aus alledem scheint eine Gesamtstimmung entstanden zu sein — die sich viel stärker, und jedenfalls viel spürbarer, als vor vier Jahren, in lebendiger Beziehung zum nationalen Gesamtzweck, zur Duldung verschiedener politischer und sozialer Ständes- und Klassen-Auffassungen. Ob der Ort der diesjährigen Tagung, ob die deutsche Reichshauptstadt und die Aufmerksamkeit, die die hohen Reichsbehörden der Tagung entgegenbrachten, hier besonders geholfen haben, solche Stimmungen zu fördern, vermögen wir nicht zu entscheiden. Aber bezeugen können wir, daß auf dem Festkommers der versammelten Arbeitervertreter eine wohlthuende, auf das Ganze gerichtete Gesamtstimmung uns selbst aus der Rede des Zentrumsabgeordneten und Gewerkschaftsführers Wiesberts entgegengekungen ist; und wir hätten während zweistündiger Rede und Gegentrede den Eindruck, als ob die Anführung des Vaterlandsgedankens immer eine gewisse elementare Wärme ausgelöst habe.

Der „Badische Beobachter“ (Karlsruhe) läßt sich folgendermaßen aus:

Als ein erfreuliches Zeichen heben wir hervor, daß die Zurückhaltung der protestantischen Arbeiter immer mehr schwindet. ... Wir freuen uns aufrichtig, daß in der Zeit des konfessionellen Zwistes wenigstens die gläubigen Arbeiter in beiden Lagern entschlossen sind, auf wirtschaftlichem Gebiete zusammenzutreten; dadurch dienen sie der Auslösung der konfessionellen Spannung und so dem Vaterlande. Je mehr hier Katholiken und Protestanten Hand in Hand gehen, um so schärfer tun sie Abbruch der Sozialdemokratie.

Das offizielle Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, urteilt folgendermaßen:

Das erfreuliche Anwachsen dieser auf monarchischem, nationalem und christlichem Boden stehenden Arbeitervereine, die jetzt rund eine Million Arbeitermitglieder umfassen, ist mit einer stärkeren Disziplinierung der Massen Hand in Hand gegangen. Man mußte rein agitatorische Fragen im Interesse eines einheitlichen Zusammenarbeitens, z. B. die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, fern zu halten und lehnte auch geschickt ein paar Versuche ab, den Kongress für parteipolitische Zwecke auszunutzen. Gerade deshalb erregte die in letzter Stunde erfolgte Absage der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine begriffliches Aufsehen, diesem Berliner Tage ebenso fern bleiben zu wollen, wie dem ersten Kongresse zu Frankfurt. Ein festes Zusammenhalten aller nicht sozialdemokratischen Verbände würde die Wucht ihres Auftretens zu ungunsten der Sozialdemokratie recht verstärken. Das ist freilich auch gegenwärtig nicht ausgeschlossen, wenn dem Zentrum Marschieren nur das gemeinsame Schicksal folgt. Besonders bemerkenswert ist die einstimmige Forderung der obligatorischen Einführung des Verhältniswahlsystems für alle sozialen Wahlen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterrechtes. Der Proporz würde eine gerechtere Vertretung auch der Minderheiten ermöglichen und dem Terrorismus der machthunghen Sozialdemokratie im Interesse der Freiheit und Gleich-

heit aller Arbeiter einen wirksamen Damm entgegenzusetzen können.

Das radikalste Sozialistenblatt, die „Leipziger Volkszeitung“, eine der verbissensten Gegnerinnen der christlichen Arbeiterbewegung, schreibt in ihrer Nr. 248 u. a.:

„Die „christlichen“ Arbeiter sind im Marsch, sie hatten unbestritten die geistige Führung auf dem Kongress, und ihrem Beispiel werden sich nach und nach auch die übrigen „nationalen“ Arbeiterorganisationen anschließen, die jetzt noch im Zustande der politischen Unschuld umherwandeln, und ihren eigentlichen Zweck nur im patriotischem Klimbin und schalem Amüsement erblicken. Zum erstenmal vielleicht haben sie in Berlin vernommen, daß sie um politische, um wirtschaftliche Rechte zu kämpfen haben, die ihnen die Regierung vorenthält.“

Wie sozialistische Wochenschrift „Neue Gesellschaft“, die mit dieser Nummer ihr Erscheinen einstellt, ist noch immer in dem Wahn befangen, die Arbeit der Christlichen würde nur der Sozialdemokratie zugute kommen. Sie läßt sich wie folgt aus:

Der sogenannte zweite deutsche Arbeiterkongress, der vor kurzem in Berlin tagte, ist für keinen, der die Befreiungskämpfe der Arbeiterklasse mit wachsenden Augen verfolgt, ein bedeutungsloses Ereignis gewesen. ... Wir dürfen es ruhig aussprechen, diese Arbeiter sind nicht mehr bloß die gedankenlosen Trabanten bürgerlicher Parteien, sondern Leute, die — irend zwar, wie wir überzeugt sind, doch in ihrer Art bewußt — eine Art von proletarischer Klassenpolitik treiben. Mögen sie sich auch gegen das Wort noch so sehr sträuben, das sie fürchten wie der Teufel die Kirche, dem Wesen, der Sache nach machen sich in ihrer Politik doch Anjähre zum Klassenkampf bemerkbar, die mit Händen zu greifen sind. Damit sind die Christlichsozialen Schüler der Sozialdemokratie, und wir brauchen es garnicht zu leugnen, daß es im Verlauf des zweiten deutschen Arbeiterkongresses auch Momente gab, in denen der Lehrer mit seinem Schüler zufrieden sein konnte.

In der gegnerischen Gewerkschaftspresse wird der Kongress ziemlich eingehend besprochen. Das sozialdemokratische „Korrespondenzblatt“ (Zentralorgan der freien Gewerkschaften) widmet dem Kongress zwei längere Artikel. Dieses Organ will die Bezeichnung „Deutscher Arbeiterkongress“ nicht gelten lassen, bezweifelt auch die Richtigkeit der angegebenen Zahlen und ist auf die Tagung überhaupt schlecht zu sprechen. Die Beachtung, die der Kongress allenthalben gefunden, sei nur — genau ausgerechnet — dem Wachstum der Sozialdemokratie zu verdanken. Das „Korrespondenzblatt“ schlußfolgert also:

Das enorme Wachstum der freien Gewerkschaften, die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei den letzten Reichstagswahlen trotz der Mandatsverminderung beunruhigen die bürgerlichen Mehrheitsparteien in steigendem Grade. Man braucht Bundesgenossen, und so bleibt neben den „gelben“ Organisationen noch immer die Hoffnung, daß die christlich-nationale Bewegung als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie bereit gute Dienste leisten könne. Wenn der Berliner Kongress sich daher einer höheren Beachtung aller staatsbehaltenden Kreise erfreute, so liegt das nicht daran, daß die ihn repräsentierenden Organisationen an Umfang und Bedeutung gewonnen hätten, sondern an der wachsenden Macht und Bedeutung der wirklichen Arbeiterbewegung, die die bürgerliche Klasse in Furcht und Bangen versetzt. Deshalb sind auch alle Konzeptionen, die die nationalstische Arbeiterbewegung unter Ausnutzung dieser Situation den ratiösen Mehrheitsparteien etwa abgeknüpft, nicht als ein Zugeständnis an diese zu erachten, sondern sie sind eine Anerkennung des unaufhaltsamen Fortschrittes der gesamten Arbeiterbewegung, von der der christlich-nationale Kongress nur ein karrikaturistisches Abbild darstellt.

Unser Konkurrenzorgan, die sozialdemokratische „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt über den Kongress einen längeren Bericht, der neben vielen schiefen Darstellungen und falschen Schlussfolgerungen auch eine objektive Würdigung der Tagung enthält. Eingehend befaßt sich die „Met.-Ztg.“ mit dem Referat des Kollegen Wieber und schreibt gleich anfangs:

„Das für uns Metallarbeiter interessanteste Referat gab der Vorlesende des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes, Franz Wieber (Duisburg). Ein gedruckt vorgelegtes Referat schildert die Zustände im Hütten- und Walzwerksbetrieb. Es ist auch ohne weiteres anzuerkennen, daß Wieber die Forderungen oft sehr — unchristlich und energisch begründete. Er schilderte in lebhafter Weise die gesundheitschädliche und gefährliche Tätigkeit dieser Arbeiterkategorie. Nur behauptete er — und zwar auf Kosten der Wahrheit —, daß der „christliche“ Metallarbeiterverband zuerst diesen Schutz für die Arbeiter der Hüttenwerke und der Großindustrie gefordert hätte. Wir gestatten uns, diese Behauptung zurückzusetzen.“

Die „Met.-Ztg.“ ist da im „Irrtum“; nicht Wieber, sondern sie behauptet da etwas auf Kosten der Wahrheit. Keine Geschichtsfälschung wird die Tatsache verdunkeln können, daß der christliche Metallarbeiter-Verband zuerst als geschlossene Korporation für die Hütten- und Walzwerksarbeiter öffentlich eingetreten ist. — Am Schluß ihres Artikels zieht die „Met.-Ztg.“ dann folgendes Fazit:

„Die freien Gewerkschaften haben alle Veranlassung, die Bewegung der „christlich-nationalen“ Arbeiter genau zu beobachten. Verschließen wir nicht unsere Augen den Tatsachen. Aber töricht wäre es von jenen Kreisen, wenn sie sich einbildeten, Arbeiterpolitik gegen die freien Gewerkschaften betreiben zu können. Wenn Arbeiterpolitik betrie-

ben werden soll, dann kann sie nur mit den freien Gewerkschaften, mit der Sozialdemokratie betrieben werden. Der ausgesprochenste Gegner der Sozialdemokratie kann es doch nicht abstreiten, daß sie eine Arbeiterpartei ist. Wer glaubt, diese Tatsachen nicht berücksichtigen zu müssen oder sie abstreiten will, der muß so alt sein wie — Sibirien. Töricht wäre es aber auch von den freien Gewerkschaften, wenn wir durch das stetige Zunehmen unserer Organisation in der Agitation erlahmen, wenn wir glauben, wir hätten es nicht mehr nötig, intensive Agitation zu treiben. Wir brauchen nicht pessimistisch zu werden. Der Pessimismus ist ein schlechter Berater, vielleicht der schlechteste. Die „christlichen“ Arbeiter haben ganz geschickte Agitatoren, das hat der Kongress gezeigt. Wenn sie auch mit Worten von den Gelben weit abgerückt sind, so ist die Möglichkeit einer Blockpolitik auf wirtschaftlicher Basis nicht ausgeschlossen. Die unnatürliche Paarung, wie sie bei den politischen Parteien stattgefunden hat, könnte auch auf kurze Zeit bei wirtschaftlichen Parteien eintreten. Es sind in Deutschland noch zirka zwölf Millionen Industriearbeiter zu organisieren, von diesen muß der größte Teil in die freien Gewerkschaften hinein. Nicht dem Pessimismus Platz geben, aber die Augen auf und agitieren! Das ist für uns das Fazit des „christlich-nationalen“ Arbeiterkongresses.“

Die sozialdemokratische „Schmiedefestung“ bringt es nur zu einer kleinlich-gelässigen Kritik. Sie überschreibt schon „Auch ein Arbeiterkongress“ schlüpft mit drei Heilen über das Referat von Wieber hinweg und versucht mit folgender seltsamen Witzerei die Verhandlung über die Frauenfrage ins Lächerliche zu ziehen:

„Ueber die Frauenfrage referierte Frl. Behm-Berlin (Referentin über die Arbeiterinnenfrage war nicht Fräulein Behm, sondern B. Graß-M. Glabbach; Red. des Deutsch. Metallarb.) Die Forderung, welche Frl. Behm formulierte, zehndmete sich, wie alle Forderungen christlicher Arbeiter, durch Bescheidenheit aus. Frl. Behm verlangte im Namen der weiblichen Delegierten, daß man — der Kaiserin zu ihrem Geburtstag gratulieren möge. Uebertrieben war diese Forderung nicht und so wurde sie auf dem Arbeiterkongress schlan! bewilligt. „Selbstverständlich“ hallte es wie aus einem Munde durch den Saal. Nach dieser leichten und glücklichen und des Kongresses würdigen Lösung der Frauenfrage gönnte sich der Kongress eine wohlverdiente Pause.“

Ein solches Blatt will dann noch ernst genommen sein.

Recht, Mißgunst und verhaltene Wut spricht aus den Aeußerungen der Hirsch-Dunderschen Presse. „Der Gewerksverein“ (Hirsch-Dundersches Hauptorgan), berichtet unter der Ueberschrift: „Vom konservativ-ultramontan-antifemistichen Arbeiterkongress“. Diesen unwahren, Heterkeit hervorrufenden Titel entspricht die Berichterstattung. Was sollen ernste Menschen von dem Zentralorgan einer Richtung halten, das z. B. schreibt: „Franz der Einzige, im bürgerlichen Leben Wieber geheißten, sprach über Hüttenarbeiterbesch.“ Das nur als Stichprobe H.-D. Journalist. Zusammenfassend schließt das H.-D. Organ seine „objektive“ Kritik:

„Wir sagten schon im ersten Aufsatze: Der ganze Kongress sei, soweit er einen gewerkschaftlichen Charakter trägt, nur ein Rahmen um das Bild „christliche Gewerkschaft“, d. h. einschließend des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes. Und so ist es. Er beschäftigte sich nur mit Dingen, die wirtschaftlich oder politisch die Aufgaben einer Gewerkschaft lösen sollen. Er beschäftigte sich mit Berufsfragen, set es Sonntagsruhe, schwere Industrie oder sonstiges. Und wenn auch z. B. die konfessionellen Arbeitervereine teilweise dieselben Forderungen aufstellten, so sind sie doch religiöse Vereine in erster Linie, und ihre wirtschaftlichen Forderungen sind Schattenbilder der Gewerkschaftsbewegung. So bilden auch die katholischen Fachabteilungen nur eine Dekoration auf dem Kongress. Sie, die gegen jeden Streit sind, deren Vernichtung auf dem Wunschzettel der christlichen Gewerkschaften steht, machen hier ebenso wie manche Teile der evangelischen Arbeiterbewegung das „viel Volk“ im Interesse der christlichen Gewerkschaften. Als einige Landesverbände der evangelischen Arbeitervereine eine Erklärung abgeben wollten, ging man zur Tagesordnung über, und als ein Vertreter der Fachabteilungen seine Stellung zum Streit präziserte, brachte ihn ein animalisches Grunzen bald zum Schweigen.“

Un all diesen Dingen darf der Kritiker nicht vorübergehen. Und besonders für uns gilt es, den wahren Charakter des Kongresses in das rechte Licht zu setzen. Die christlichen Gewerkschaftler selbst werden über diese Vorgänge hinweggehen und natürlich nur die guten Seiten der Veranstaltung hervorheben. Das kann ihnen niemand verdenken. Und der äußere Erfolg wird ihnen ein Mußhorn sein, in Zukunft noch selbstbewußter zu werden als sie bisher schon waren. Es wird dort gehen wie den roten Genossen nach der Reichstagswahl 1903. Aber auch den Christlichen dürfte eines Tages ein 1907 bescheidt werden.“

Das letztere wird ein frommer Wunsch der Hirsch-Dunderschen Reichharde bleiben, die sich ja stets als schlechte Propheten und als noch schlechtere Strategen erwieisen haben.

Staat und Organisation.

Von stark entwickelten wirtschaftlichen Korporationen pflegt man oft zu sagen, sie bilden einen Staat im Staate. So spricht man z. B. von einem englischen Genossenschaftsstaat innerhalb Großbritannien, vom gewerkschaftlichen Staat usw. Demnach muß also eine Privatorganisation gewisse Ähnlichkeiten mit der öffentlichen Zwangsvereinigung der Bürger haben. Worin besteht diese? Der Staat ist eine Verbindung von Menschen, welche entweder

ein zusammenhängendes Gebiet bewohnen (das Staatsgebiet), oder doch in dauernder Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft stehen, so z. B. der Nomadenstaat ohne festes Staatsgebiet.

Der Zweck dieser Vereinigung ist die gemeinsame Verteidigung sowie die Deckung bestimmter allgemeiner Bedürfnisse. In seinem Wesen als Schutz- und Trugbündnis tritt uns der Staat mit seiner Militär- und Polizeiorganisation entgegen, welche für ihn den Kampf gegen den äußeren und eventuell auch gegen den inneren Feind führen soll. Es ist wahrscheinlich, daß sich die meisten Staaten vorwiegend zum Zwecke der gemeinsamen Verteidigung gebildet haben. Jedoch wir finden auch schon in grauer Vorzeit Staatsbildungen, die allem Anschein nach aus einer Art von Wirtschaftsgemeinschaft herausgewachsen sind; z. B. Staaten von Stämmen, welche eine Art von korporativer Fischerei usw. betrieben, und unsre Zeit trat im Laufe der Geschichte der Verteidigungs- immer mehr hinter dem wirtschafts- und kulturgenossenschaftlichen Staatszweck zurück.

Mit der Bildung der großen Nationalstaaten beginnt allmählich eine staatliche Handelspolitik, welche den allgemein wirtschaftlichen Plan einer Hebung der einheimischen Handels- und Gewerbeentwicklung zu verwirklichen sucht. Man lernt erkennen, daß die Wohlfahrt der einzelnen Bürger die beste Einnahme- und Kraftquelle des Lebens ist und nimmt daher die so gen. Wohlfahrtspflege, d. h. die Fürsorge für einzelne Bedürfnisse und in der Entwicklung zurückgebliebene Stände oder Einzelpersonen in das Programm der Staatsaufgaben auf.

Aber nicht bloß das rein wirtschaftliche Bedürfnis der staatlichen Förderung der Erwerbsmöglichkeiten im Lande wird erkannt, sondern auch dasjenige nach Inangriffnahme allgemeiner Kultur- und Wohlfahrtsmaßnahmen durch den Großbetrieb des Staates. Dasselbe politische Gemeinwesen, welches Zolltarife zum Abschluß bringt und Verkehrslinien herstellt, pflegt Kunst und Wissenschaft, errichtet Volksschulen und Wohltätigkeitsanstalten, unterstützt die einzelnen Stände und schützt jeden Stand sowie jedes Individuum vor gemeinschädlichen Angriffen anderer.

Wie viel Paralleles finden wir im Wesen der Gewerkschaft! Ein Schutz- und Trugbündnis einer niedergedrückten Menschengemeinschaft ist sie in erster Linie, eine Vereinigung der wirtschaftlich Schwachen zu sozialen Verteidigungszwecken. Der äußere Feind ist das Kapitalinteresse und ohne Rücksicht auf die Ansprüche menschlicher Arbeit handelnde Unternehmertum. Aber auch am inneren Feinde fehlt es nicht. Gewerkschaftstörrende, das Kulturniveau des Arbeiterstandes herabdrückende Elemente aller Art rechnen wir dazu, Bohndrücker, Streifbrecher, gelbe Gewerkschaften, Schmaroher, Pflücker, Hummler, kurz Leute, die den Gewerkschaftsfortschritt hemmen, den Arbeiterstand komprimieren und die soziale Ordnung stören.

Ähnlich wie bei der Staats- ist es auch bei der Gewerkschaftsbildung. Neben dem Verteidigungszweck hat der Drang nach gemeinsamer Wirtschaft, nach Vergenossenschaftlichung zu ihr geführt. Bekanntlich sind viele Berufsorganisationen in England und auch einige bei uns aus Wirtschaftsgenossenschaften zur gegenseitigen Unterstützung herausgewachsen und dies genossenschaftliche Moment hat sich in der Weiterentwicklung immer enger mit dem Gewerkschaftswesen verbunden und ist bis zu unserem vielverzweigten Versicherungsweisen der Selbsthilfeorganisationen gediehen.

Natürlich fehlt es auch nicht an gewerkschaftlichen Kulturunternehmungen; denken wir nur an die Bildungsanstalten fachlicher und allgemeiner Natur und als Parallele zur staatlichen Fürsorge für die Schwachen an die Bemühungen der Organisationen um Hebung und Erziehung ihnen unterstellter und tiefer stehender Arbeiterkategorien. In vielgestaltigen Rechtsätzen, welche das Vermächnis alter Kulturzeiten, ergänzt und vervollkommen durch die Reformarbeit vieler Jahrhunderte und den heutigen Zuständen nach Möglichkeit durch die Geistesarbeit gelehrter und erfahrener Zeitgenossen sind, regelt unser Staat die Beziehungen der Bürger und Korporationen zum politischen Gemeinwesen (Staatsrecht, im weiteren Sinne Verfassungs- und Verwaltungsrecht usw.) und der einzelnen sowie Korporationen untereinander (Straf-, Kirchen-, Handels-, Genossenschafts-, Familienrecht usw.).

Die Gewerkschaft hat ebenfalls ihren Gesetzkörper. Die Gebote allgemeiner Menschlichkeit und besonderer Standesolidarität sind in ihnen zusammengefaßt, Pflichten gegen die gewerkschaftliche Standesvertretung (gewerkschaftliche Disziplin, Beitragspflicht, Recht auf gewerkschaftlichen Schutz, Anteil an den Wohlfahrtsmaßnahmen, dem Unterstützungsweisen, der Organisation usw.) und die Rechte sowie Pflichten, welche im alltäglichen Nebeneinanderleben und Zusammenarbeiten der Arbeiter gelten.

Somit hat die Gewerkschaft mit dem Staate gemein, daß sie eine Verteidigungsorganisation nach außen und innen, eine Körperschaft mit genossenschaftlicher Wohlfahrtspflege und gemeinsamem

Rechte ist. Der große Unterschied bleibt natürlich stets bestehen, daß der Staat eine Zwangsorganisation, folglich seine Verfügungen zwingend, seine Organe autorativ sind, während die Berufsvereinigung eine freiwillige bleibt. Der Beitritt und Austritt steht jedem, wenigstens äußerlich frei und selbst das Mitglied kann wieder zu einem Untertanengehorsam ihrer Verwaltung gegenüber, noch zur Mit Hilfe bei der Förderung ihrer Wohlfahrts- und Kultureinrichtungen gezwungen werden. Die Befolgung der Rechtsnormen, welche innerhalb der Organisation gelten, übermacht keine Polizei und kein Richter untersucht ihre Einhaltung und bestraft ihre Uebertretung. Der Zwang, den sie ausübt, ist eben kein rechtlicher, sondern ein wirtschaftlicher und moralischer.

Die Staatsangehörigkeit ist demnach mit der Geburt gegeben, und die aus ihr resultierenden Pflichten und Rechte sind selbstverständliche Konsequenz derselben. Die Gewerkschaftsmitgliedschaft dagegen setzt immer ein autonomes Handeln, gewisse wirtschaftliche Einsicht und soziales Verständnis voraus. Daß es gelegentlich auch Zwangsmittel in den Organisationen geben kann, wollen wir hiermit nicht in Abrede gestellt haben; sie kommen zuweilen vor, so wie es auch trotz des Zwangscharakters des Staates Ausländer gibt, die freiwillig die Staatsangehörigkeit erwerben.

Drängt sich angesichts des vielen Uebereinstimmenden in Aufgaben und Einrichtungen nun aber nicht die Frage auf, ob der gewerkschaftliche Staat im Staate überhaupt noch nötig sei? Genügt nicht das große alschützende und allsorgende Gemeinwesen vollkommen zur Befriedigung sämtlicher Standesforderungen? Die Geschichte beantwortet diese Frage durch Jahrhunderte mit einem lauten Nein. Stets hat es neben der Staats- noch besondere Standesorganisationen gegeben; ja diese waren sogar oft weit stärker als jene, sie bildeten die Grundlage und den Zusammenhalt des Staates und überdauerten Kriege und Revolutionen, also Ereignisse, die staatszerrüttend gewirkt haben. Aber vielleicht bestanden diese Standesverbindungen eben nur, weil der Staat früher noch nicht zur Wahrnehmung all seiner Aufgaben herangereift war, gleichsam um einen Teil der Funktionen zu übernehmen, die eigentlich ihm zukommen sollten, von ihm aber bald vernachlässigt wurden. Wenn dem so gewesen wäre, so hätte also die staatliche Machtkonzentration die Standesorganisationen in den Hintergrund gedrängt.

Was ist nun daran richtig? Tatsache ist, daß der moderne Staat die alte Standesorganisation allmählich geistert hat, aber weniger, weil er deren Funktionen übernommen hätte — dazu fehlte dem erst vor kurzem in seiner Zentralisation gefestigten öffentlichen Staatswesen noch die Kraft — als vielmehr, weil sich die mittelalterliche Art der Standesorganisation wirtschaftlich und sozial überlebt hatte.

Dies galt sowohl für die ländliche Territorialverfassung mit ihrem Grundherrentum und ihrer Hörigkeit, als auch für die zünftliche Gewerbeverfassung. In Stadt und Land trat an die Stelle striktester Gebundenheit und strenger Standesgliederung nach und nach mehr Bewegungsfreiheit. Alte drückende Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Grundherrn und Bauern, Junksprivilegierten und Gesellen verschwanden; an ihre Stelle traten aber die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Kapitalismus und Proletariat in Landwirtschaft und Gewerbe, die trotz aller individuellen Bewegungsfreiheit mindestens so hart empfunden wurde, wie die einstmalige sozialwirtschaftliche Gebundenheit.

Dieses Gemeinnütziges und Standesverschönendes hatte bei all ihren Mängeln unkräftig die alte Standesorganisation hoch gehabt, besonders gilt dies für die Künste und der Staat war weder sofort im Stande, den frei gewordenen Bauern zu Haus und Land zu verhelfen, noch Meistern und Gesellen des Handwerks den alten Wohlstand zu sichern. Mit Riesenschritten eilte die Entwicklung dem Großkapitalismus zu, dessen philosophisch-nationalökonomisches System das sog. liberale war. Der Liberalismus um, d. h. die ältere individualistische Richtung derselben, jagte die Staatsaufgaben möglichst eng. Hauptzweck des öffentlichen Gemeinwesens sollte ja sein, jedem Individuum und jeder Korporation größtmögliche Bewegungsfreiheit zu schaffen und zu erhalten. Die wirtschaftsgenossenschaftlichen Staatsaufgaben traten also ganz zurück. Statt der alten Schutzpolitik wurde der Freihandel propagiert, gleichviel wie sich Landwirtschaft, Industrie und Handwerk dabei befanden; es hand ihnen ja frei, sich selbst zu wehren. Wohlfahrtsmaßnahmen, Antirumpfschöpfungen und gar staatliche Sozialpolitik zugunsten der einzelnen Stände galten mehr oder weniger als unangebrachte Staats-einmischung in die privaten Angelegenheiten der frei sein wollenden Bürger usw.

Der Staat zerstörte also die Standesorganisationen alter Form, ohne ihre Aufgaben zu übernehmen; folglich wurden neue Standesorganisationen notwendig, welche den veränderten wirtschaft-

lichen und gesellschaftlichen sowie verfassungsmäßigen Verhältnissen entsprechend all das fortsetzen mußten, was einst ihre Vorläufer getan hatten.

Landwirtschaft, Industrie, Handel, Handwerk und Arbeiterschaft, sie alle tasteten nach zeitgemäßen Formen der Selbstverteidigung und Wohlfahrtspflege. Damit war angedeutet, daß der übertriebene Individualismus ein unzureichendes Zeitprinzip der Volkswirtschaft und Staatsleitung sei und dieser Einsicht verschlossen sich auch Gelehrte, sowie hervorragende Staatsmänner nicht lange. Aus dem individualistischen, oder wie man auch sagt, Manchesterliberalismus entwickelte sich jugendlich allmählich der sog. Sozialliberalismus, welcher allerdings in seinen Theorien wellumwälzender war als in seiner wirklichen Tätigkeit. Jedenfalls griff aber eine mehr soziale Staatsauffassung wieder Platz und vertiefte durch religiöse Grundsätze haben sie dann im Verfassungskampfe christliche Vollvertreter unterstützt (Schluß folgt).

### Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie (Monat September 1907.)

Die Roheisenerzeugung in Rheinland Westfalen und Schlesien blieb stark angespannt. Die Bräuse in Roheisen blieben stark, die Produktion bis Ende des Jahres kann als ausverkauft gelten. Arbeitermangel wird aus einem Teil Oberschlesiens gemeldet. In Gleiwitz wurden auf einem Hochofenwerk die Löhne für verschiedene Arbeiterkategorien um etwa 7 Prozent erhöht.

Bei den Eisengießereien hielt die gute Lage an, wenn auch die Aufträge nicht mehr so reichlich eingingen. In Leipzig fanden in verschiedenen Betrieben Lohnerhöhungen statt. Die Werke für Stahlformguß arbeiteten gut. Die eingetretene Abschwächung wird nach einem Bericht bald durch die Ausschreibungen der preussischen Staatsbahnen behoben sein. Der Arbeitermangel machte sich immer noch fühlbar.

Die Stahl- und Walzwerke hatten befriedigend zu tun, wenn auch einige Werke einen Rückgang der Beschäftigung hatten. Unter Mangel an Arbeitern hatte die Mehrzahl der Werke zu leiden. Lohnerhöhungen traten auf einem Eisen- und Stahlwerk im Saarrevier ein.

Die Blech- und Walzwerke waren ungleichmäßig beschäftigt. Bei einigen hat der Gang nachgelassen, andere hatten gut zu tun. Die rheinischen Werke schritten teilweise zur Einlegung von Feiler- und Nachtschichten. Großer Arbeitermangel wird aus Oberschlesien berichtet.

Die Lage der Drahtindustrie war gut, wenn auch teilweise sich ein Nachlassen der Beschäftigung bemerkbar machte. Ueber Arbeitermangel wurde nicht geklagt.

Die Röhrenwerke waren reichlich mit Aufträgen versehen.

In der Industrie für Messing in Blechen, Stangen und Draht und Kupfer in Stangen und Draht bewirkte der starke Preisrückgang des Kupfers ein Zurückhalten der Käufer, so daß gegen den Vormonat eine Abnahme der Beschäftigung eintrat. Es wurde zum Teil mit Einschränkungen gearbeitet, die Nachtschichten fielen ganz aus.

In der Kleineisenindustrie war der Geschäftsgang unverändert gut. Die Aufträge laufen allerdings spärlicher ein. Nur in Remscheid war die Lage unbefriedigend, so daß teilweise nur noch an 5 Tagen in der Woche gearbeitet wurde.

Im allgemeinen Maschinenbau bestand die gute Beschäftigung fort. Mangel an Arbeitern, besonders an besseren, machte sich teilweise bemerkbar.

Die Lage der Werkzeugmaschinenfabriken war im allgemeinen gut. Viele Betriebe sind noch für Monate hinaus mit Aufträgen versehen. Es herrscht nach wie vor Mangel an geschulten Arbeitern, nur an ungelerten Arbeitern ist das Angebot größer. Lohnerhöhungen haben vielfach stattgefunden. In Offenbach fand eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden statt.

Die Beschäftigung der Werke für Herstellung von Stahlzeug, Eisenbahnmateriale und Formeisen war wie jeither sehr umfangreich.

Die Armatuwerkstätten, die Dampfkegel- und Dampfmaschinenfabriken hatten gut zu tun, so daß vielfach Ueberstunden eingelegt werden mußten. Der Arbeitermangel hat nicht nachgelassen.

Ebenfalls voll beschäftigt waren die Fabriken für Hochdruckrohrleitungen, Filterpressen, Zerkleinerungsmaschinen, Zahnräder, Wärmekraftmaschinen, Hebe- und Transportanlagen.

In der Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen war der Geschäftsgang sehr lebhaft. Arbeitermangel wird nur aus Bayern berichtet, wo vor allem bessere Arbeiter fehlten.

Die Industrie für Berg- und Sättenerzeugnisse hatte sehr gute Beschäftigung, so daß

... in Überstunden gearbeitet werden mußte. Nur ein Bericht aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet stellt unbefriedigenden Geschäftsgang fest. Lohnerhöhungen traten in Sachsen und Westfalen ein.

Der Maschinenbau für Textilindustrie hatte noch immer reichlich Aufträge. Die Lage im Brückenbau war gut, sodaß Überstunden und Verlängerung der Arbeitszeit eintreten mußten.

Die Nachfrage nach Motoren blieb stark, eine Abnahme im Maschinenbau fand nicht statt. Gute Arbeiter werden immer noch gesucht.

Fabriken für Aufzüge, Schmiedeanlagen und Blech- und Metallbearbeitungsmaschinen berichten, daß sie glänzend, bis über die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt sind.

Walf- und Wäschemaschinenbau arbeitete wieder gut.

Im Lokomotiven- und Lokomolilenbau trat eine weitere Abschwächung ein, jedoch ist die Lage im allgemeinen noch befriedigend, nach einem Berliner Bericht sogar gut. Arbeitermangel war nur hinsichtlich tüchtiger Schmiede und Facharbeiter. In München war Ueberangebot an Arbeitskräften.

Der Eisenbahnbau hatte andauernd gute Beschäftigung, sodaß vielfach Ueberarbeit erforderlich war. Arbeitermangel war in Westdeutschland und in einem schlesischen Betrieb. In Röhln und einem Breslauer Betrieb verfolgen die Löhne eine steigende Richtung. (Reichsarbeitsblatt.)

### Soziale und gewerkschaftliche Kundschau.

#### 150 000 Mark für 1 Jahr Koalitionsrecht.

Welch hohen Wert das Koalitionsrecht für die Arbeiter hat, beweisen die Großindustriellen am besten durch ihre Maßnahmen gegen die organisierten Arbeiter. Klassische Beispiele hierfür liefert Saarabien, seitdem der christlich-soziale Metallarbeiter-Verband dort Fuß gefaßt hat.

Die meisten großen Werke sind dazu übergegangen, sogenannte Hüttenvereine, in Wirklichkeit Almosenvereine oder gelbe Gewerkschaften, zu gründen.

Die Almosenvereine dienen den Herren Industrieellen hierbei als Mittel zum Zweck. In Böhmen gab die Firma Röchling jedem Hüttenvereiner 20 Mark pro Jahr für sein Koalitionsrecht. St. Ingbert wurde berühmt dadurch, daß nur an nicht christlich organisierte Arbeiter Kartoffeln abgegeben worden sind. Die Burbacher-Hütte aber spielt den Drumpf aus, und versucht durch größere Geldsummen die Arbeiter in den Almosenverein hinein zu ziehen.

Als im vergangenen Jahre der christlich-soziale Metallarbeiterverband in Burbach eine größere Zahl Mitglieder gewonnen hatte, ging die Hütte dazu über, und zahlte zum ersten Male „Prozente“ an die Arbeiter. Später gab es dann als Zugabe Entlassungen und schwarze Listen wegen Zugehörigkeit zur Organisation. In diesem Jahre bewirtete die Hütte die Mitglieder des Almosenvereins bei dem Sommerfest mit Schinkenbröckchen und Freibier. Bei dieser Gelegenheit zeigten die Getreuen sich schon so begehrt, daß die Polizei helfen mußte, sonst hätten sie die Halle gestürmt, weil das Gratistutier nicht schnell genug verteilt wurde.

Den Arrangements des gelben Festes soll es dabei ganz gungelich vor ihren braven Schülern zu Mute geworden sein.

Der neueste Versuch der Hütte, die Arbeiter vom christlichen Metallarbeiter-Verband fern zu halten, wird mit einem Guadengeschenk von 150 000 Mark ausgeführt. Die Generalversammlung der Aktionäre, denen dieses Jahr 50% Dividenden (gegen 45% im vorigen Jahre) zufließen, stellte 100 000 Mark für die Gesamtgesellschaft und noch einmal 150 000 Mk. für die gelben Hüttenvereiner im besonderen zur Verfügung.

Diese 150 000 Mark wurden nur an diejenigen verteilt, welche dem christlich-sozialen Metallarbeiterverband nicht angehören. Einzelne Almosenempfänger haben bis 150 Mark hiervon mitbekommen.

Hieran können alle Einsichtigen erkennen, welchen Wert das Koalitionsrecht für die Arbeiter hat. Wenn vom Arbeitgeber 150 000 Mark für einen Teil der Belegschaft ausgeworfen werden, um sie abzuhalten, von der christlichen Berufsorganisation, dann dürfte das der beste Beweis sein für den hohen Wert des Koalitionsrechtes. Denn die Kapitalisten werfen nicht 150 000 Mark aus, ohne die Gewissheit zu haben, daß das Doppelte dadurch verdient wird. Darum möge dieser Vorfall allen Arbeitern zur Lehre dienen. Wenn ein Werk, das mit 50% Dividende arbeitet, das Koalitionsrecht eines Teiles der Arbeiter auf ein Jahr mit 150 000 Mark bezahlt, dann muß auch der letzte Arbeiter erkennen, daß es für ihn nur eine Carole gibt, die lautet: Einein in

den christlichen Metallarbeiterverband, zu deinem Wohle und zur Ehre deines Standes!

### Das Borgsystem auf Anwech-Friede.

Die „Straßburger Post“ und „Röhln. Ztg.“ bringen in ihrer Nummer vom 30. Oktober bis 33 eine Notiz unter der Ueberschrift: „Falsche Anschuldigungen.“ In dieser Notiz wird Bezug genommen auf die Ausführungen des Gewerkschaftssekretärs Wernerus aus Maifatt, der auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongreß in Berlin die Abhängigkeit der Arbeiter im Saarrevier und Lothringen schilderte. U. a. tadelte der Redner, daß den Arbeitern in den Konsumverkaufsstellen der Werke Waren gegen Vons verabreicht würden, so daß nicht selten Arbeiter überhaupt kein bares Geld erhielten. Es sei sogar vorgekommen, daß ein Arbeiter in einem Monat 13 Liter Schnaps gegen Vons erhalten habe. Letzteres ist in Anknüpfung auf der Hütte Anwech-Friede vorgekommen. Der Schreiber des Artikels in der „Straßburger Post“ entschuldigt die Hütte damit, daß der Arbeiter 10 Kostgänger habe, für deren Bedarf der Schnaps bestimmt gewesen sei. Der Fall sei auf Nichtbeachtung der bestehenden Vorschriften zurückzuführen. Man bekannntwerden sei der Schnaps in der Werkstatt überhaupt inhihiert worden. Es wird also Wort für Wort bestätigt, was Wernerus behauptet hat. Wenn heute eine solche Mißwirtschaft nicht mehr geduldet wird, so ist daran die christl. Gewerkschaft schuld, indem dieselbe in ihren „Wohlfahrtsvereinigungen“ hineingeleuchtet hat.

Bezüglich des Warenverkaufs gegen Vons heißt es in der „Straßburger Post“, daß in dem fraglichen Monat nur an 207 von 802 Arbeitern Waren gegen Vons verabreicht worden seien. Et, genügt es denn noch nicht, wenn mehr als der 4. Teil der Arbeiter durch die „Wohlfahrtsvereinigungen“ einen Teil ihres noch zu erhaltenden Lohnes schon im Voraus ausgegeben haben.

Nicht „falsche Anschuldigungen“, hat Wernerus in Berlin vorgelesen, sondern die Tatsachen, daß Schnaps auf Vorg durch die Hüttenkonsum-Angestellten unter die Arbeiter gebracht wurde. Ferner, daß die Arbeiter infolge dieser „Wohlfahrtsvereinigungen“ in Abhängigkeit geraten, durch das Borgsystem mit Vons. Der Schreiber in der „Straßburger Post“ beweist diese Tatsachen selbst und daher fallen seine „falschen Anschuldigungen“ in sich zusammen.

Die Hütten- und Metallarbeiter Lothringens aber müssen endlich ihre Arbeiterpflicht erfüllen, sich bis zum letzten Mann organisieren, dann werden sich die Mißstände schon beseitigen lassen.

### Gelber Reich.

Die Anwesenheit des Staatssekretärs von Bethmann-Hollweg und des Handelsministers Delbrück auf dem Berliner Arbeiter-Kongreß hat's den Hirsch-Dunderschen angetan; sie können ihren Reiz und Karger darüber nicht verbergen. In ihrem Zentralorgan „Der Gewerbeverein“ juchten sie ihre Anhänger mit folgendem Schwindel zu trösten:

„Die ganze Rede (von Bethmann-Hollweg) war eine einzige Ohrfeige für die christlichen Gewerkschaften, und es stellt der Mehrheit des Kongresses kein glänzendes Verdienst politischer Verstandes aus, wenn sie über diese Ohrfeige auch noch vor Freude Rad geschlagen hat.“

Die Hirsch-Dunderschen Radfahrer ärgern sich gewaltig, daß sie bei ihrem vor Kurzem auch in Berlin stattgefundenen Verbandstag keine Gelegenheit gefunden haben, vor Freude über die Anwesenheit von Ministern die Kunst des Radfahrens zu üben, trotzdem sie sich so auffällig „national“ gebärdeten.

Sachlich ist die Darstellung des Gewerbeverein übrigens sinn- und wahrheitswidrig. Die Rede des Staatssekretärs war trotz aller eingekerkerten Mahnungen eine offene prinzipielle Anerkennung unserer Bewegung und kein Kongreß-Delegierter hat dieselbe als eine Ohrfeige empfunden. Das Gefühl einer Ohrfeige können höchstens die anwesenden Hirsch-Dunderschen Gäste empfunden haben, weil sie in ihrer Umarmung und mit ihrer „unvergleichlichen Strategie“ ihr Schifflein selbst auf den Sand gesetzt haben. — Ferner ist es eine maßlose Uebertreibung von Hirsch-Dunderscher Seite, daß die Kongreß-Mehrheit vor Freude über die Ministerrede „Rad geschlagen“, oder wie es im Organ des Hirsch-Dunderschen Zentralorgans weiter heißt: „Da quietierten dieselben so geohrfeigten Leute vor Vergnügen.“ Andere Blätter berichteten, daß der Kongreß die Ministerrede auffällig kühl aufgenommen habe.

Das ist auch vollständig nebenfächlich. Erwähnt sei an dieser Stelle jedoch, daß die Redner des Kongresses auch der Regierung gegenüber kein Blatt vor den Mund nahmen. Unser Verbandsvorsitzender Wierber nahm in seinem Schlusswort noch Bezug auf die Ministerrede und führte u. a. aus, daß wir die Mahnung des Staatssekretärs bei unseren Bestrebungen stets das Allgemeinwohl zu berücksichtigen, als vollkommen berechtigt anerkennen. Wir hätten auch bisher in diesem Sinne gehandelt. Von den Regierungsvertretern könnten wir christlichen Arbeiter aber auch erwarten, daß sie in den Versammlungen der Unternehmer dieselbe Mahnung an die Adresse der Großindustriellen richten würden.

Das verschweigt natürlich des Hirsch-Dunders Sängers Höflichkeit; wenn er das seinen Anhängern mitteilen würde, wären ja seine Köpfechen bald von selbst auf ihren Wert zurückgeführt.

Mögen sich die Hirsch-Dunderschen Radfahrer nur weiter ärgern, dann haben sie doch wenigstens etwas vom zweiten Arbeiter-Kongreß mitbekommen.

### Ein Licht unter dem Scheffel.

In seinen Handglossen über den zweiten deutschen Arbeiterkongreß schreibt „Der Gewerbeverein“, Hirsch-Dundersches Zentralorgan, u. a. auch folgendes:

„Der Sekretär der württembergischen evangelischen Arbeitervereine, Fischer, ist ein Mann, der geistig die Größen, die als Referenten auftraten, um Haupteslänge überträgt. Tut nichts, er kann weder als Referent auftreten, noch wählt man ihn ins Büro, denn — er ist politisch liberal.“

Wir wollen der Versuchung widerstehen, auf diese lächerliche Lohhuberei eine Satire zu schreiben, und nur die naheliegende Frage aufwerfen: Warum be-rufen die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine diese gewaltige Geistesgröße nicht an die Spitze ihrer Organisation? Denn dem im Sand verfallenden Hirsch-Dunderschen Wächlein fehlt doch sonst nichts als der große Geist, der das Hirsch-Dundersche Gewässer wieder in den vollen Strom des frisch pulsierenden Lebens zurückführen wird. Die überragende Haupteslänge Fischers würde vielleicht noch eine Rettung für die Hirsch-Dundersche Bewegung sein können.

### Eine „neutrale“ Handlung des „freien“ Buchdruckerverbandes.

Ein neuer Fall von Terrorismus wird jetzt aus Essen mitgeteilt: Am Samstag, den 19. Oktober cr., trat der Maschinenfeger E. (Mitglied des christlich-nationalen Gutenbergbundes) in der hiesigen Druckerei von Freibeul und Roenen (Verlag der „Essener Volkszeitung“) in Kondition, nachdem er diese durch ein Inserat im „Allgem. Anz. für Druckereien“ erhalten hatte. Kaum war E. 10 Minuten im Geschäft tätig, so wurden die dort beschäftigten Maschinenfeger, die dem „freien“ Verbands angehören, beim Chef vorstellig und erklärten, mit einem Gutenbergbündler nicht zusammen zu arbeiten; im übrigen müßten sie die Einstellung als eine Probation bezeichnen. Der Chef erklärte, daß sie tariflich kein Recht hätten, zu einer solchen Maßnahme, da bis zum 1. Januar 1909 die Einstellung von Gehilfen unabhängig vom Organisationsvertrage sei. Der Chef wie auch der Chefredakteur der „Volksztg.“ gaben ihr Ehrenwort, daß die Firma nicht beabsichtige, die Verbandsmitglieder zu verdrängen und an deren Stelle Gutenbergbündler zu setzen. Die betr. Maschinenfeger gaben sich scheinbar mit diesem Resultat zufrieden und forderten an diesem Tage nicht die Kündigung des E. Die Verbändler glaubten, durch ihre dem E. zuzufügenden Schilane werde dieser selbst seine Stellung aufgeben, was aber nicht eintrat. Am Mittwoch, den 23. v. M., abends, beim Schichtwechsel, wurden die Maschinenfeger (2 ausgenommen) abermals vorstellig und verlangten die sofortige Kündigung resp. Entlassung des E., sollte ihrer Forderung nicht stattgegeben werden, so würden sie nicht weiterarbeiten. Sie verweigerten denn auch so lange die Arbeit, bis der Chef dem Zwange folgend mit Bedauern dem christlich-national organisierten Buchdrucker die Kündigung gab, wodurch dieser auf die Straße gesetzt wurde, und dies alles trotz Tarif- und Organisationsvertrages. Wie wir hören, wird dieser Fall sozialdemokratischer Terrorismus vor dem Tarifschlichtungsgerichte sein Nachspiel haben, da er ein arges Verstoß gegen die Tarifgemeinschaft bedeutet.

### Soziale Wahlen.

#### Gewerbegerichtswahlen

fanden statt am 18. Oktober für das Amt Gladbeck. Für die Arbeitnehmerbeisitzer wurden 174 Stimmen abgegeben, davon entfielen 140 auf die Liste der christlichen Kandidaten und 34 auf die der Sozialdemokraten. Weil Verhältniswahl besteht, fallen den Christlichen 5, den Sozialdemokraten 1 Beisitzer zu. — Bei den Wahlen in M. Gladbach am 15. Oktober entfielen auf die Liste der christlichen Arbeiter 3 Beisitzer mit 3601 Stimmen. — In Neuh. fanden die Wahlen am 16. Oktober statt. Für die christliche Liste stimmten 1018 Wähler, für die sozialdemokratische 532 und für die Hirsch-Dundersche 110. — Bei den am 23. Oktober in Mülheim a. d. Ruhr stattgefundenen Gewerbegerichts-wahlen entfielen auf die christliche Liste 879, auf die sozialdemokratische 620 und auf die Hirsch-Dundersche 225 Stimmen. Letztere erhalten 1, die Sozialisten 2 und die Christlichen 3 Beisitzer.

Die Wahlen zur Ortskrankenkasse in Gelsenkirchen endigten mit einem Siege der christlichen Arbeiter. Sie erzielten 244 Stimmen für ihre Kandidatenliste, trotz sturpelosester Kampfesweise der Genossen, welche letztere denn auch, und das war die Quittung der Gelsenkirchener Arbeiter, nur 135 Stimmen auf ihre Liste vereinigten.

# Streiks und Lohnbewegungen.

## Zu den

### Differenzen auf den Fittingwerken in Singen.

Schon seit geraumer Zeit machte sich auf dem Werk, das gegen 3000 Arbeiter beschäftigt, ein Geist bemerkbar, der sich weit ab von sozialem Verständnis bewegt. Vor allem waren und sind es die unteren Organe, welche hierin ganz bedenkliches leisten. Als Opfer hatte man sich u. a. unsern Vorstehenden erkoren. Im verflossenen Jahre wurde infolge starken Geschäftsganges die Nacht- schicht eingeführt und dabei ein Wechsel an Maschinen vorgenommen, wodurch unser Kollege R. im Lohn um 40-50 Proz. geschmälert wurde. Als er dagegen Beschwerde erhob, wurde er auf den Hof gestellt. Nach einer längeren Krankheit wieder zurückkehrend, ersuche er darum, ihn doch wieder an seinen alten Platz zu stellen; das wurde abgelehnt, dafür bekam er eine Arbeit in der Mireiterrei, die körperlich zu den anstrengendsten im Betrieb zählt. Einige Wochen dauerte auch hier nur die Herrlichkeit, als ihm bedeutet wurde, er müsste wieder auf den Hof hinaus, bei einem Lohne von 2,70 Mk., gegen früher ein Minderverdienst von 2,00-2,40 Mk. Zugleich wurde er vor die Alternative gestellt, er könne ja kündigen, wenn ihm das nicht passe. Daraufhin wurde der Bezirksleiter vorstellig bei der Betriebsleitung mit dem Ergebnis, daß die Sache seitens der Generaldirektion untersucht wurde und der Kollege an seinen früheren Posten zurückkam. Nun hätte man mit Recht annehmen können, daß endlich Ruhe eingetret sei. Doch weit gefehlt. Nach dreiwöchentlicher Tätigkeit auf dem alten Posten erhielt R. nebst einigen Mitgliedern sozialdemokratischer Gewerkschaften die Kündigung. Eine abermalige Verhandlung des Bezirksleiters mit der Generaldirektion in Schaffhausen vermochte ein günstigeres Resultat nicht zu erzielen, wohl werde es die Firma auf einen Kampf ankommen lassen, sofern die Gewerkschaften weitergehen wollten. Und fügte er bei, wäre es dann der christliche Metallarbeiterverband, mit dem sie zum ersten Male in einen Kampf eintreten würden. Als Grund der Entlassung wurde Widersetzlichkeit gegen die Fabrikordnung vorgeführt. Inzwischen kam auch die Generaldirektion nicht um den Widerspruch herum, daß R. in früheren Zeiten sehr gut stand bei seinen Meistern, dieses Verhältnis sich erst änderte, als man wußte, daß R. organisiert sei. Die ungünstigen, parteilich abgefaßten Rapporte der direkten Vorgesetzten waren es, welche die Kündigung bewirkten. In zwei Versammlungen nahm die Arbeitergesellschaft zu diesen Kündigungen Stellung. In der von uns im „Kreuz“ in Singen einberufenen Versammlung behandelte in objektiver Weise Kol. Kolsoth den Verlauf der ganzen Angelegenheit. Grund zur Unzufriedenheit habe die Arbeitergesellschaft der Fittingwerke schon längst gehabt. Den ausländischen Arbeitern habe man 6-8 Mk. versprochen, bei billigeren Kostlich, die einheimischen Arbeiter seien mit der Hälfte abgepeist worden. Der Mitglied des Arbeiterfortbildungvereins sei werde nicht ignoriert; verstoße er gegen die Fabrikordnung, so werde nicht nur ein, sondern beide Augen zugedrückt. Mit gespanntester Aufmerksamkeit nahm die überaus stark besuchte Versammlung die Berichte über die Verhandlungen mit der Betriebsleitung und der Generaldirektion entgegen.

Kollege Leutenegger, Sekretär des christl. Metallarbeiterverbandes der Schweiz, der nun ebenfalls in die Sache verwickelt wird, geißelte in markanten Worten die Verhältnisse. Er schloß sich dem Appell des Referenten an, die Unorganisierten mögen bei dem Ernst der Situation endlich einsehen, wohin die Reise geht und sich dem christl. Metallarbeiterverbande anschließen. Eine Reihe Redner brachten ganz interessante Momente zutage, so soll sich der Betriebsleiter dem Arbeiterausschuß bei seinem Vorstellungswerden geäußert haben: man habe die Richtigen getroffen mit der Kündigung. Dabei wird als ein weiterer Grund der Entlassung Arbeitsmangel angegeben. Als ob sich die Direktion selbst Lügen strafen wollte, schreibe sie auf dem schwarzen Brett in Schaffhausen Leute aus. Mit den geringen Leistungen der Geforderten, ebensowenig mit Arbeitsmangel könne die Direktion die Kündigung nicht rechtfertigen, es handle sich einzig und allein um die Unterdrückung der Organisation, um so besser gegen die Arbeiter vorgehen zu können. Eine andere Auffassung könne man trotz der gegenteiligen Versicherung nicht erhalten; die vollzogene Tat spreche zu deutlich. Kollege Kolsoth nahm in seinem Schlusswort das Gebahren dieser vom Arbeiterfortbildungsverein unter die Lupe. Es sei tief bedauerlich, wenn sich Arbeiter zu Handlangern gegen ihre eigenen Lebenskollegen benutzen lassen, dadurch finde die Arbeiterchaft im Innern vor der Öffentlichkeit folgende Resolution fand schließlich einstimmige Annahme: „Die heute im „Kreuz“ in Singen tagende, außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der christlichen Metallarbeiter protestiert energisch gegen die vorgekommenen ungesetzlichen Arbeitskündigungen einer Anzahl Arbeiter in der A.G. der Fittingwerke und erklärt dieselbe als eine Verletzung des gewerkschaftlichen Kollektivrechtes. Die Versammlung verwahrt sich gegen alle in der Folge daraus entstehenden Konsequenzen und erklärt sich mit den Gemeinregelungen solidarisch; die Versammlung erwartet auch von allen Nichtorganisierten, das in diesem Fall nötige Solidaritätsgefühl und den massenhaften Beitritt zum christlichen Metallarbeiterverband.“

**Oberstein.** Hier sind die organisierten Arbeiter seit drei Monaten ausgeperrt. Anscheinend wird es den sozialdemokratischen Führern etwas ungemütlich ob des Erfolges ihrer Weisheit. Den christlich organisierten Arbeitern erklärte diese Gesellschaft hochnäsig: „Euch brauchen wir nicht“; und nachher versuchen sie dieselben als Streikbrecher zu verächtigen. Dem sozialdemokratischen Organ, Saarmacht, das eine diesbezügliche Notiz brachte, ist von

der Bezirksleitung des christl. Metallarbeiterverbandes folgende Berichtigung zugegangen:

Malstatt, 30. Okt. 1907.

### An die Redaktion der „Saarmacht“!

Unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes fordert ich Sie auf, in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung unter der Rubrik „Aus dem Fürstentum Birkenfeld“ folgendes als Berichtigung der Notiz: „Christliches, allzu christliches“ aufzunehmen:

1. Es ist unwarhaft, daß der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes in Oberstein während der Aussperrung in Arbeit geblieben ist. Herr Morloth (nicht Mollart) ist seit einem Jahre wegen rückständigen Beiträgen aus dem Verbands ausgeschieden.
2. Unwahr ist, daß noch irgend ein Mitglied unseres Verbandes in Arbeit steht.
3. Es ist ebenfalls unwarhaft, daß ein christlich organisierter Arbeiter Peter Wahl aus Mittelbollenbach während der Aussperrung in Arbeit getreten ist. Das Mitglied dieses Namens ist bis heute noch nicht in Arbeit.
4. Wahr ist dagegen, daß die Mitglieder des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes alle ausgesperrt wurden resp. ihre Kündigung eingereicht haben, als der Kampf in der Obersteiner Industrie sich verschärfte.

Achtungsvoll!  
Leonhard Wernerus,

Bezirksleiter des christl.-soz. Metallarbeiterverbandes für das Saarrevier.

Es ist auch wirklich zum Heulen für einen sozialdemokratischen Häuptling. Zuerst werden die Christen mit ausgesperrt, bei Verschärfung des Kampfes kündigen die noch in Arbeit stehenden Mitglieder und dazu bezahlt der christliche Metallarbeiterverband den Ausgesperrten wöchentlich noch 1 Mark mehr, als der deutsche sozialdemokratische Metallarbeiterverband.“

Was soll nun da herhalten als Prügelknabe? Ein Königreich für einen Prügelknaben, um die Blamage zu verdecken. Wo sind übrigens die angeblichen 3-400 Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Arbeit, die noch nicht bei den Ausgesperrten sich finden. Es sollen doch 1400 Mitglieder da sein???

An diesem Vorgang kann man wieder erkennen, mit welchen unehrlichen Mitteln gegen unsern Verband gekämpft wird. Trotz alledem werden die christlich gesinnten Kollegen — auch in Oberstein — treu zu unserer Fahne halten und sich bemühen, die Zahl unserer Kämpfer fortwährend zu vermehren.

**Bocholt.** Sozialdemokratische Feilschmilde resp. Streikbrecher sind keine Seltenheit, wie schon oft erwiesen. Eine sehr schmachvolle Rolle spielen z. B. die Mitglieder des sozialdemokratischen Malerverbandes in Bocholt. Dort ist in der Herbstfabrik von J. S. Eltinghorst ein Streik ausgebrochen. Die sozialdemokratisch organisierten Maler gefallen sich nun darin, der Firma Haushälterdienste zu leisten. Aber nicht bloß das, dieselben suchen die Bewegung, an welcher nur Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, 27 an der Zahl, beteiligt sind, durch unredliche Mittel ungünstig zu beeinflussen. Die guten Leute schämen sich wohl vor der Firma selbst ob ihrer arbeitverräterischen Tätigkeit und suchen sich durch unwahre Angaben zu rechtfertigen. Der Firma resp. deren Meistern gegenüber begründen sie ihr Verhalten damit, daß man sie von unserer Seite vollständig ignoriert hätte.

Dies muß, gelinde ausgedrückt, als eine grobe Unwahrheit zurückgewiesen werden. Am Gegenteil; es wurde von Seiten der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes alles unternommen, ein einziges und geschlossenes Vorgehen zu erzielen. Die Sozialisten wurden schriftlich zu allen Verhandlungen, zu sämtlichen Vorarbeiten betreffs Aufstellung der Forderungen herangezogen und auch in der Kommission berücksichtigt, trotzdem sie bedeutend in der Minderheit waren. Diese Berücksichtigung können wir unterseits bei anderen Bewegungen sehr selten finden. Unsere Einladungen wurden angenommen, ja die Genossen beteiligten sich sogar an den Abstimmungen. Die Vorbereitungen haben somit ein einziges Vorgehen ergeben. Jedoch man habe die Augen zu viel Ehrlichkeit zugemutet. Kurz bevor die Kündigung eingereicht wurde, erhielt die christliche Ortsleitung ein Schreiben, das kurz zusammengefaßt folgendes Inhalt hatte: „Wir haben uns die Sache überlegt. Da unsere Wünsche erfüllt worden sind, machen wir nicht mit.“

Kollegen, das heißt man Arbeiterinteressen vertreten. Bisher war bei Arbeiterforderungen Grundriß, gemeinsam eingereichte Forderungen auch gemeinsam durchzusetzen. Die obige Entschliessung zeugt aber von tristem Egoismus. Durch die Erfüllung ihrer Wünsche, welche durch die Art der Verhandlung begünstigt wurde, glaubt man das Recht zu haben, das gegebene Wort brechen zu können. Bisticht wäre es gewesen, sich mit den übrigen Arbeitern solidarisch zu erklären und durch gemeinsam eingereichte Kündigung der Forderung der Gesamtheit Nachdruck zu verleihen. Statt dessen verrätten dieselben jetzt Streikbrecher, verhöhnen unsere Kollegen und — Ironie des Schicksals — sozialdemokratisch organisierte Arbeiter verlassen unter dem Schutze der preussischen Polizei die Fabrik. Unsere Mitglieder mögen sich diese Vorgänge merken und die Genossen auf die Finger klopfen, wenn sich diese wie gewöhnlich als die alleinigen Vertreter der Arbeiterinteressen aufstellen und nach befehlter Manier über „christlichen“ Streikbruch schwindeln wollen.

Trotz des Arbeiterverrats seitens der Malerkollegen haben unsere Kollegen sich wie eine Mauer im Kampfe und

die Situation ist günstig für sie. Sie werden auch weiter zusammenkommen, um mit Erfolg aus diesem Kampfe hervorzugehen.

**Bremen.** Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat seine Geschäfte hier wieder um eine empfindliche Niederlage bereichert. In den Werkstätten der Bremer Straßenbahn wurde von den im genannten Verband organisierten Metallarbeitern der Neunstundentag gefordert. An die Direktion nicht bewilligte, wurde mit großem Geschrei in den Streit getreten. Doch schon nach einigen Tagen fand die Ernüchterung. Vom Jahrespersonal fanden sich eine große Anzahl von Streikbrechern. In einer Versammlung vom 25. Oktober wurde die Aufhebung des Streiks beschlossen, der für einige sozialdemokratisch organisierte Vorarbeiter sogar noch eine Lohnreduzierung gebracht hat. Die sozialdemokratische Verbandsleitung nimmt alles ruhig hin, derartige Niederlagen sind ihr hier in Bremen und auch ja anderswo nichts neues.

Mögen die Metallarbeiter von Bremen endlich einsehen, was sie von dieser Seite zu erwarten haben und dann die richtigen Schlussfolgerungen ziehen, d. h. sich unserm christlichen Metallarbeiterverband anschließen. Sie werden sich nicht von Niederlage zu Niederlage geführt, sondern der christliche Metallarbeiterverband wird durch besonnenes Vorgehen die Lage der Arbeiter praktisch und erfolgreich zu bessern suchen.

**Sulzbürg.** Die Arbeiter an den Hütten in der Sodafabrik von Matthes u. Weber in Wankheim legten am 27. Oktober plötzlich die Arbeit nieder, weil sie mit einigen technischen Neuerungen nicht einverstanden waren. Die Firma legte Beschlag auf den noch ausstehenden Lohn und strengte sofort eine Schadenersatzklage wegen Lohnverweigerung an, (in der Arbeitsordnung ist 14tägige Kündigungsfrist festgelegt).

Die Arbeiter, die bisher unorganisiert waren, worauf auch die unüberlegte Arbeitsniederlegung zurückzuführen ist, traten nunmehr geschlossen dem christlichen Metallarbeiterverband bei, der die Angelegenheit sodann in die Hand nahm. Ein Vertreter unseres Verbandes wurde bei der Betriebsdirektion vorstellig, die sich auch bereit erklärte, mit dem Verbands, aber nicht mit den konträrbrückigen Arbeitern zu verhandeln. Auf Grund der dankgepflogenen Verhandlungen, bei denen die Direktion ein anerkennenswertes Entgegenkommen zeigte, kam dann folgende Einigung zustande:

1. Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. — Sämtliche Arbeiter werden wieder eingestellt.
2. Die Firma zieht die Schadenersatzklage wieder zurück.
3. Den Wünschen der Arbeiter betreffend Kaffee und Wasser bei der Nachtschicht und bessere Waschgelegenheit wird von der Betriebsleitung entsprochen werden.
4. Die Direktion ist bereit, nach Wiederaufnahme der Arbeit in eine Prüfung der Akkordlöhne einzutreten und bei besonders schlechten Erzen eine Vergütung zu bewilligen.

Diese Abmachungen wurden von den ausständigen Kollegen einstimmig gutgeheißen und daraufhin am Mittwoch dem 30. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen.

Die beteiligten Kollegen werden aus dieser Bewegung eine ernste Lehre ziehen müssen. Zunächst, daß man auf solche Art und Weise keine erfolgreichen Bewegungen inszenieren kann. Wo die Organisation fehlt, da fehlt der Zusammenhalt, die Disziplin, die Ordnung und auch die Leitung. Das haben die Kollegen auch erkannt und sich alle unserem christlichen Metallarbeiterverbande angeschlossen. Weiter haben sie aber auch einsehen müssen, daß sie ohne Unterstützung keinen Kampf, auch nur kurze Zeit, bestehen können. Wenn sie bei dieser Bewegung noch so gut abgesehen haben, so haben sie das einzig und allein dem Eingreifen des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken. Mögen die Arbeiter der Firma Matthes u. Weber und alle anderen diese Lehren stets beherzigen und, soweit noch nicht geschehen, ihrer Organisationspflicht genügen. Dann aber auch treu und beharrlich die Fahne der Organisation hochhalten, um stets einen Rückhalt in allen Stürmen des Wirtschaftslebens zu haben und um unsere Interessen nach eilen Seiten hin wirksam vertreten zu können.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugus fort.

**Uhlen.** Bei der Firma Gebr. Selter (Stanz- und Emailierwerke) stehen die Stanz- und Schlosser in einer Lohnbewegung.

**Bocholt.** In der Herbstfabrik der Firma J. S. Eltinghorst sind Differenzen ausgebrochen. Sämtliche Kollegen stehen im Streit.

**Essingen.** Die Arbeiter der Firma Hammesfahr stehen im Streit.

**Sonabrid.** Bei der Gasuhrfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Streit.

**Huppichterth (Röhrl).** Bei der Firma Gebr. Willach, Möbel- und -beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

**Kriedenthal (Eisenwerk).** Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Essingen, sind sämtliche organisierten Kollegen ausgesperrt.

**Oberstein.** Hier sind sämtliche organisierte Metallarbeiter ausgesperrt.

La. v. - Gmünd. Die Firma Joh. Herzog ist bis auf weiteres für Arbeiter und verwandte Verufe gesperrt.

Lünen. Bei der Firma Gottfr. Dittmann haben die Arbeiter im Streit. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

Siegen. Ueber die Hüttingswerke ist die Sperre verhängt.

Krefeld. Die hiesigen Elektromonteur sind in eine Lohnbewegung getreten.

Waghütte-Saidhof. Infolge Lohnunterschieden ist auf der hiesigen Hütte ein Streit ausgebrochen.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Etanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Die Gerichtsverhandlung hat noch nicht stattgefunden. Wir erjuden unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserem dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. November der sechszehnte und vierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 17. November 1907 fällig.

Die Annahmescheine von den dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind von jetzt ab genau ausgefüllt, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit einzulenden. Die Kassierer mögen dieses von jetzt ab besonders beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 50717 ist in der Ortsgruppe Lörach verloren gegangen und wird hiermit als ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Esthringen. (Zweierlei Versammlungsort.) Am 16. Januar dieses Jahres fand in Gargarten eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Landesauswärtigebeordneter Weber zu Gunsten des Herrn Reichstagskandidaten und Großindustriellen Charles de Wendel sprach. Die Versammlung war auf 6 Uhr einberufen, aber erst um 7 1/2 Uhr wurde sie, mit der Erlaubnis des überwachenden Beamten eröffnet, trotz Paragraph 13 des Versammlungsrecht für Elberfeld-Lothringen, welcher besagt: „Jede öffentliche Versammlung muß spätestens eine Stunde, nach der der Behörde angezeigten Zeit des Beginns eröffnet und darf nicht länger als eine Stunde unterbrochen werden.“ Herr Gewerkschaftssekretär Karius stellte dieses sofort fest, und bemerkte, daß bei einer Arbeiterversammlung die Polizei nicht so nachsichtig sei, und das beweist folgender Fall:

Der Beamte des christlichen Metallarbeiterverbandes für Lothringen meldete am Freitag, den 25. Oktober bei der Kreisdirektion Diederhosen-West eine öffentliche Versammlung an für die christlichen Hüttenarbeiter von Ahlingen, Algringen, Auerthlingen und Hergingen. Nach Paragraph 9 des V.-G. ist von der Behörde sofort eine schriftliche Bescheinigung über den Empfang der Anzeige zu erteilen, doch der Einrufer war am Sonntag abend 6 Uhr noch nicht in deren Besitz, erst am Montag morgen 10 Uhr wollte der Briefträger das Schreiben abliefern, die Annahme wurde aber verweigert, denn als die Versammlung um 6 Uhr eröffnet werden sollte, löste sie der überwachende Gendarm Köhlin sofort wieder auf, doch nicht etwa, weil die Bescheinigung nicht vorhanden wäre, denn er wußte ja, daß die Versammlung rechtzeitig angemeldet wurde, sondern weil der Einrufer Gewerkschaftssekretär Engel nicht zur Tagesordnung spreche und doch war Herr Engel noch an der Einleitung zur Bureauwahl begriffen. Gendarm Köhlin hat eine Verhöhnung der Hütte „Aumeg-Friede“ inne, ob er aber auch im Dienste der Hüttenbesitzer steht, konnte bis heute noch nicht ermittelt werden.

Niederichelden (Sieg). Gar wunderliche Heilige sind doch hier im Siegerland die Vertreter des Lokalverbandes. Während man sonst die Beamten der Zentralverbände immer von jener Seite aus als „Heber“ hinzustellen beliebte, bringt es Herr Schardt, auch eine Besuche des Lokalverbandes, jetzt fertig, zu behaupten, wir wären nicht scharf genug gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Charlottenhütte zu Niederichelden, Herrn Schleisenbaum, vorgegangen. Zur Aufklärung diene folgendes: Vor einigen Tagen waren auf der Charlottenhütte zwei alte Arbeiter plötzlich entlassen worden. Der eine hatte 41, der andere 43 Jahre bei der Firma in Arbeit gestanden und sich stets vorwurfsfrei geführt. Aus kleinlichen, nichtigen Gründen, die einfach an den Haaren herbeigezogen, war den beiden gekündigt worden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates,

Herr Schleisenbaum, hatte nun sein Möglichstes getan, damit die beiden Leute in der Arbeit belassen würden, doch an dem Widerstand der Generaldirektion waren alle Versuche gescheitert. Aus diesen Gründen hatte sich der Arbeiterausschuß, sowie auch der Bürgerkreis eine große Erregung bemächtigt. Zur Klärung der widersprechendsten Gerüchte hatte der christl. Metallarbeiterverband im Verein mit dem christl. Bauhandwerkerverband für Sonntag, den 13. Okt., abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung einberufen, die Punkt 8 Uhr vom Kollegen Hilbrand-Siegen eröffnet wurde.

Auf der Tagesordnung stand das Thema: Arbeiterentlassungen auf der Charlottenhütte und was lernen wir daraus? zu welchem Kollege Buchner-Siegen das Wort ergriff, der die Vorgänge auf der Charlottenhütte einer scharfen Kritik unterzog. Nach den Ausführungen des Referenten sieht es fest, daß nicht das zu frühe Waschen sondern ganz andere, tieferliegende Gründe zur Entlassung der beiden alten, im Dienste der Charlottenhütte ergrauten Arbeiter geführt haben. Angesichts dieser, auch der Direktion bekannten Tatsache, ist es umso bedauerlicher, daß diese nicht Veranlassung genommen hat, die ungerechtfertigte Kündigung der beiden Leute zurückzunehmen. In der Versammlung herrschte nur eine Stimme allgemeiner Enttätigung über diese bedauerlichen Vorgänge. Des weitern ging der Referent auf die in dem Betriebe herrschenden Missetände ein, er bezeichnete die im Schlafhaus herrschende Luft als eine den hygienischen Anforderungen Hohn sprechende. Wo man die vom Arbeitsschweiß durchdrungenen Kleider zum Trocknen aufgehängt, kann keine gesunde Luft herrschen. Die Abortverhältnisse, die sanitären Einrichtungen und das überaus harte Sperrsystem wurden noch gründlich besprochen, sowie auch die durchaus ungenügenden Aufenthaltsräume für die ausländischen Arbeiter. Der Referent forderte die Anwesenden auf, sich Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anzuschließen, damit in Zukunft solche traurigen Vorkommnisse unmöglich wären.

In der anschließenden Diskussion behauptete nun Herr Schardt, Vertreter des Lokalverbandes, daß Referat wäre nicht scharf genug gewesen und gebärdete sich außerordentlich radikal. Das Manöver war aber gar zu durchsichtig. Schardt sah betrübten Blickes, wie die Felle des Lokalverbandes fortzukommen begonnen und gestiel er sich nun in der Rolle eines Komikers, worin er schon ganz vorzüglich zu leisten vermag. Vom gewerkschaftlichen Leben hat er keine Ahnung, denn sonst hätte er zum Schluß nicht den Unorganisierten den Beitritt zu den Christl. D. S. empfohlen. Nachdem noch zwei weitere Lokalisten gevedet erhielt Kollege Buchner das Wort, um die vielen Verdrehungen der Lokalverbänder zu berichtigen. Schließlich wurde folgende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die heutige vom christlichen Metallarbeiterverband in das Lokal des Herrn Sarz einberufene öffentliche Arbeiter- und Bürgerversammlung nimmt mit tiefster Entrüstung Kenntnis von den Vorgängen, die im Betriebe der Charlottenhütte zur Entlassung von zwei alten Arbeitern führten, die 41 bzw. 43 Jahre im Dienste des Werkes gestanden haben. Versammlung fordert die Arbeiter der Hütten- und Walzwerke, der Gruben und die im Baugewerbe beschäftigten auf, sich Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband, bzw. Berg- oder Bauarbeiterverband anzuschließen, um dadurch solche bedauerlichen Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich zu machen. Den gemäßregtesten Arbeitern spricht die Versammlung ihre volle Sympathie und Hochachtung aus.“

Mit einem Hoch auf die christlich-nationale Arbeiterbewegung wurde die großartig verlaufene Versammlung geschlossen, deren praktischer Erfolg eine ganze Anzahl Neuaufnahmen zur Folge hatten. Öffentlich werden infolge dieser Vorgänge auch die indifferenten Arbeiter einmütig aufgerufen, damit sie Arbeit und Gleichgültigkeit abwerfen, und statt dessen mitbestimmen, das Ziel zu erreichen, welches sich die christlichen Gewerkschaften und vor allen Dingen unser christlicher Metallarbeiterverband gesteckt hat, den unter so außerordentlich schwierigen Verhältnissen lebenden Hütten-, Walzwerks- und Feuerarbeiter ein erträgliches, menschenwürdiges Loz zu verschaffen. Darum bleibe keiner von euch zurück, Arbeiter der Hütten- und des Stahlwerks, tretet Mann für Mann dem christlichen Metallarbeiterverband bei, damit auch in den überaus verbesserungsbedürftigen Zuständen auf genanntem Werk Wandel geschaffen werden kann.

Herne. Während rings umher unser christlicher Metallarbeiterverband, namentlich im Dortmund-Bezirk, erfreuliche Fortschritte macht, haben wir hier in Herne zu beklagen, daß unsere Ortsgruppe nur mühsam fortschreitet und sehen wir uns genötigt, das Verbandsorgan in Anspruch zu nehmen, um durch Klarlegung der Ursache eine Besserung zu ermöglichen. Vornehmlich müssen wir uns dabei an diejenigen unserer Kollegen wenden, welche einer Belehrung in den Versammlungen aus dem Wege gehen. Die Mehrzahl der Kollegen huldigt anscheinend der Ansicht, mit dem Zahlen der Beiträge genug getan zu haben. Versammlungsbesuch, Werben neuer Mitglieder, sind Sachen, um welche man sich nicht kümmert, man überläßt das einigen Wenigen. Was Wunder, wenn auf die Dauer auch bei diesen Kollegen, angesichts der Trägheit der übrigen großen Zahl der Eifer nachläßt. Kollegen, wenn ihr den Zweck unseres Verbandes erreichen wollen, muß dies unbedingt anders werden. Versammlungsbesuch und Agitieren ist nicht das Privilegium einzelner, sondern ein jeder muß seinen Mann stellen. Und wenn es wahr ist, und leider ist es nur zu wahr, daß es ungemein schwer hält, die anständigen Arbeiter für den Organisationsgedanken zu gewinnen, dann muß dieses erst recht ein Ansporn sein zur intensiven Agitation, es darf dann erst recht nicht die Agitationsarbeit den paar Kollegen überlassen werden. Kollegen, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Von jetzt an muß ein jeder Kollege es sich zur Pflicht machen, wenigstens einmal im Monat zur Versammlung zu erscheinen und sich dort frischen Mut zur weiteren Werbetätigkeit holen, sich weiter schulen. Ein Vertreter in der Werbung neuer Mitglieder muß Platz greifen.

Kollegen, seid überzeugt, wenn so ein jeder seinen Mann stellt, mag dann auch die hiesige Arbeiterschaft an sich selbst den Barbaroskandal schlafen, wir werden sie aufwecken und mögen die Sündenröße, die sich uns entgegen-

stellen, noch so groß sein, werden ihnen trotzige wie Sterne bieten und dieselben entwenden. Dann wird es auch für die hiesige Arbeiterschaft einmal Frühling werden. Zu beklagen ist es, daß uns heute noch Leiter von Vereinen, die mit uns auf dem Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung stehen, Schwierigkeiten in den Weg legen.

So wurde vor kurzem noch vom hochw. Herrn Präses des katholischen Gesellenvereins Herne, das Aufhängen des Verbandsplakats im Gesellenhause, zugleich kath. Vereinshaus, verboten, während bei Privaten und auch im evang. Vereinshause keinerlei Schwierigkeiten gemacht wurden. Die Vereinsleitung begründete ihre ablehnende Haltung damit, daß dann auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen damit kommen würden und dadurch die Handwerksmeister abgestoßen würden. Der Vereinswirt beschränkte ebenfalls, daß dann die Meister ihr Glas Bier anderswo trinken würden und setzte auf die Einwendung eines Kollegen noch hinzu, man könnte dann ebenjogut auch ein Plakat des freien Verbandes aufhängen; am letzten Ende läme es auf eins aus.

Was sagen dann unsere kath. Knappen- und Arbeitervereine, welche ebenfalls im Gesellenhause tagen, zu dieser Stellungnahme. Unsere Kollegen sehen hieraus wieder, wie notwendig es ist, sich den konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen anzuschließen, damit etwas mehr gewerkschaftlicher Geist in dieselben hineingetragen wird. Die Ansicht der Kollegen, nun auszutreten, ist vollständig falsch. Im übrigen meinen wir, sollte ein Verein, der die Interessen der Handwerksmeister in den Vordergrund stellt, konsequenterweise auf den Namen Gesellenverein Verzicht leisten. Auch bezüglich der Presse hapert es hier noch und wiederum bei derjenigen Presse, die im Lesen zu werden vornehmlich von den Arbeitern abhängt. Hier dieselbe Beiseitretene, um nach oben bei den Fabrikherren nicht anzustößen. Wir fordern die Kollegen auf, hiergegen ganz energisch Stellung zu nehmen. Alles in allem genommen, mangelt es hier an vielen Stellen, es mangelt an Aufklärung seitens der Kollegen, sowohl wie auch seitens der Presse und in den Standesvereinen und Sache der Kollegen ist es, hier energisch Hand anzulegen. Den christlichen Arbeitern von Herne möchten wir die Frage vorlegen, ob es ihnen denn so ausgezeichnet gut geht, daß sie die Organisation nicht notwendig haben oder geht es den Firmen am hiesigen Plaz so schlecht, daß sie eine Besserstellung ihrer Arbeiter nicht vertragen können? Die Kollegen mögen sich an der Hand einiger Zahlen aus dem diesjährigen Geschäftsbericht der bedeutendsten Firma am Plaz, der W.-S. Maschinenfabrik Baum die Frage beantworten. Wir demselben folgendes: Im vorliegenden Auftrage für das kommende Jahr rund 12 Mill. Mgr. gegen rund 6 1/2 Millionen im Vorjahre. Der Bestand betrug rund 12 000 000 Mgr., im Vorjahre rund 8 Millionen Mgr. Die Aufbesserung der Preise hat bis zum Schlusse des Jahres stets angehalten. Reingewinn 694 645 M. Generalsversammlung beschloß über die Verwendung der Gelder folgendermaßen: Vorweg abgeschrieben: 214 761 M., zur Rücklage 23 994 M., Sonderrücklage (neu) 50 000 M., Entschädigung für Aufsichtsrat 28 584 M., Kommerzienrat Baum-Stiftung 20 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 57 301 M. Rechnen man die Abschreibungen für Aufsichtsrat und Stiftung ab, so bleibt als Rest an Abschreibungen 346 056 M., also 50 Prozent des Reingewinns zu Gunsten der Aktionäre. Trotz dieser Abschreibungen konnten 300 000 M. als 10 Prozent Dividende verteilt werden. Mögen die Arbeiter der Firma Baum mal eine Gegenbilanz ziehen.

Freilich wird es auch da ohne Abschreibungen nicht gehen; z. B. a. für gesteigerte Miete; b. für Verteuerung der Lebensmittel und sonstiger zum Lebensunterhalt nötigen Produkte; c. erhöhte Steuerbeträge; d. endlich müßten auch die Ueberstunden als außerordentlicher Gewinn abgeschrieben werden. Die meisten Arbeiter würden dann finden, daß sie anstatt plus ein minus zu verzeichnen hätten. Finden die Arbeiter nicht auch, daß beide Teile, Firma und Arbeiter, ganz gut eine Erhöhung der Arbeiterlöhne, besonders für die Abteilung Eisenkonstruktion hätten vertragen können? Und nun erst der Blick in die Zukunft. Die Firma kann recht zuversichtlich in die Zukunft schauen. Es sind für das ganze kommende Jahr Aufträge im Ueberflusse vorhanden und zwar zu guten Preisen, heißt es doch im Geschäftsbericht, daß die Aufbesserung der Preise bis zum Schlusse des Jahres stetig angehalten. Für die Arbeiter ist es anders. Da heißt es zunächst vom 1. Januar laut Beschluß der Hausbesitzer 10 Prozent Miete mehr zahlen, ferner weitere Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Brodes und dann im Hintergrunde der allgemein wirtschaftliche Niedergang. Oder glauben die Arbeiter der Fabrik Baum, sie würden dadurch nicht beeinflusst werden? Es wäre zu wünschen, daß die Firma angesichts der guten Geschäfte, die sie auch im kommenden Jahre machen wird, auch den Arbeitern etwas zukommen ließe, aber die Erfahrung hat bisher das Gegenteil gelehrt. Nur dann Kollegen, wenn ihr euch unüberwältig aufrafft und dem christl.-soz. Metallarbeiterverband beitrete werdet ihr Anteil an dem guten Geschäftsjahre haben, und für alle Zukunft euer Interesse fördern. Hat man auch zur Zeit der Hochkonjunktur nichts mehr zukommen lassen als einige Ueberstunden, so ist sicher nicht zu erwarten, daß es jetzt, wo es rund herum bergab geht, anders wird; eher ist es möglich, daß es umgedreht geht. Darum nochmals: Organisiert euch! Ihr christlichen Metallarbeiter von Herne, erkennt was Not tut, erkennt eure Standespflicht, seid nicht länger das Plebejus, das sich an die Fersen eurer vorwärtstreibender Kollegen haftet, tretet in Scharen dem christl.-soz. Metallarbeiterverbande bei zu eurer und eurer Familien Wohl, sowie zum Wohle der gesamten Metallarbeiterschaft.

Witten - Annen. In einer letzten stattgefundenen, gemeinsamen Mitgliederversammlung der Gruppen Annen und Witten, wurde die Verschmelzung beider Gruppen zu einer Verwaltungsstelle definitiv beschlossen. Die Notwendigkeit dieses Beschlusses zeigte sich schon seit längerer Zeit, ließ sich aber aus mancherlei Gründen nicht eher durchführen. Unser Bezirksleiter Kollege Halbes wies einleitend in der betr. Versammlung auf die Vorteile der beabsichtigten Vereinigung hin. Zugleich erläuterte er aber auch die Aufgaben, die uns jetzt bevorstehen. Systematisch im ganzen Bezirk unsere indifferenten Kollegen aufzuklären, nur den

Verbund zu gewinnen fagen, ist vor allen Dingen notwendig. Um nun aber auch bei der Agitation die erforderlichen Mittel zu besitzen, wurde mit großer Mehrheit die Einführung des 60-Pennigs-Beitrags beschlossen. Es sei hier bemerkt, daß gerade die gering entlohnerten Kollegen mit Eifer für die Erhöhung eintreten. (Siehe gewisse Kollegen ein Beispiel.) Die sodann getätigte Vorstandswahl zeitigte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender W. Ubt, Vizepräsident H. Stodhaus, Schriftführer S. Blum, Kassierer H. Großkemper, Wilh. Kaiser, Wilh. Steuber und Jngn. Markert. Mit Ausnahme des erst- und letztgenannten wohnen alle Kollegen in Witten. Nun, Kollegen des Wittener Bezirks, drauf und dran! Jetzt heißt es, mit Boikamp in die Agitation eintreten. Groß ist das Heer der Indifferenten. Tausende von Metall- und Hüttenarbeitern, die gerade hier unter den traurigsten Verhältnissen beschäftigt werden, sind für uns noch zu gewinnen. Nicht durch pünktliche Beitragszahlung, sowie regelmäßigen Versammlungsbesuch allein erfüllt ihr eure Pflicht, nein, wollt ihr als echte Gewerkschaftler, christlich-organisierte Metallarbeiter gelten, so rüttelt auch die abseitsstehenden Kollegen auf. Zeigt ihnen, wie unbedingt notwendig der Anschluß an unseren Verband ist. Dann Kollegen, zeigt Opfer Sinn. Jetzt, wo wir die Erhöhung des Beitrags beschlossen, wird es sich zeigen, ob ihr ganze Männer seid, oder Feiglinge, die beim kleinsten Anlaß ihrer Fahne untreu werden. Wer richtig seinen Mann stellen will, der tritt jetzt nicht zurück, sondern streitet unverzagt mit Ausdauer, unter unserer Fahne weiter. Tut ihr alle dies, Kollegen, so seid überzeugt, der Sieg wird unser sein. Laßt nun nicht länger eure Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner allein arbeiten. Unterstützt diese Kollegen, erleichtert ihnen ihre Arbeit. Nur wenn wir alle einträchtig zusammenwirken, jeder Kollege seine Pflicht tut, werden wir vorwärts kommen. Fürchtet nicht den Gegner, wer er immer sei. Mutig gekämpft und gestritten, für den christl. Metallarbeiterverband, das sei unsere Parole!

**Karlsruhe.** Die hiesige Ortsgruppe hat sich in Gemeinschaft mit Durlach zentralisiert und zwar besteht sie jetzt aus den Sektionen Karlsruhe, Durlach und Ettlingen. Es ist damit für unsere Ortsgruppe ein guter Schritt vorwärts getan. Zu einem Ganzen zusammengeschlossen, treten wir auch jetzt stärker an die Öffentlichkeit. Um eine kräftigere Agitation entwickeln zu können, war es nötig, daß wir uns zu einer einheitlichen Verwaltung vereinigten. Dadurch erwachsen nicht nur für den Vorstand neue größere Pflichten, sondern ganz besonders für unsere Mitglieder. Jetzt heißt es, rühriger denn je in die Agitation eintreten, damit alle, die uns noch fernstehen und zu uns gehören, in die Scharen der Kämpfer für unsere gute und gerechte Sache eintreten. Bei der Zentralisation wurde 1. Vorsitzender Kollege Julius Arnet, Schlosser, Karlsruhe, Scheffelstraße 64/4 r. Dort werden auch sämtliche Unterstützungen ausbezahlt, sowie Auskunft über alle Verbandsangelegenheiten erteilt von abends 7 1/2-9 Uhr, an Sonntagen von 12 1/2-2 Uhr. Der Vertrauensmann für Durlach ist Kollege Franz Kreh, Mittelstraße 11, für Ettlingen Kollege Jakob Schmitt, Rheinstr. 167. Die Kollegen mögen dies und die Angaben im Versammlungskalender recht genau beachten.

**Selbert.** Am Sonntag, den 20. Oktober hielten wir unsere regelmäßige Mitgliederversammlung ab. In derselben wurde einstimmig beschlossen, die Versammlungen wieder auf Samstag abend zu verlegen.

Kollegen von Selbert! Es dürfte Euch allen bekannt sein, daß wir einer ernsten Zeit entgegen gehen; denn wenn die Fabrikanten aus freien Stücken die Arbeitszeit verkürzen, so ist das ein Beweis, daß es für uns Arbeiter schlecht bestellt ist. Wollt ihr später einen Rückhalt haben, nun, so legt jetzt endlich eure Saumlustigkeit gegen alle Ermahnungen von seiten der Vertrauensmänner ab. Bringt das keine Opfer und besucht die Versammlungen und laßt euch bekehren und aufrufen, wofür ihr die Beiträge zahlt. Denn wer kein Interesse am Versammlungsbesuch hat, der wird auch schwerlich Zeit haben, das Organ zu studieren; deshalb ist es kein Wunder, wenn so viele Kollegen wieder abspringen oder umfallen, wenn ein kleiner Windstoß sie antreibt. Dem Vorstand ist es unendlich, jedem in seiner Wohnung einen Vortrag zu halten, dafür sind die Versammlungen. Darum nochmals, besucht die nächste Versammlung, und kommt pünktlich, damit wir zur festgesetzten Zeit beginnen können.

**Königs hütte (S. Schl.).** Am 20. Oktober hielt unsere hiesige Versammlung ab, in welcher Kollege Fischer-Breslau über: „Die Ziele der christlichen Arbeiterbewegung“ sprach. Redner legte die Ursachen der sozialen Frage dar. Dieselbe sei eine Folgeerscheinung der industriellen Entwicklung. Trotz dieser erstenlichen Wirtschaftsentwicklung, die wir in Deutschland zu verzeichnen haben, herrscht innerhalb der Arbeiterklasse mehr Not und Elend, als sich die meisten Menschen vorstellen. Es muß darum ein Ausgleich geschaffen werden, um den Lohnarbeitern die Teilnahme zu lassen, an den Erfolgen der Wirtschaftsentwicklung, um ihn geistig und sittlich zu heben. Redner wies darauf hin, daß auf zwei Wegen eine Besserung der Lage des Arbeiters möglich ist. Die Gesetzgebung und vor allem die Selbsthilfe. Nur durch den festen Zusammenschluß in christliche Organisationen, die in Wahrheit bestrebt sind, die Lage des Arbeiters zu heben, kann dieses erreicht werden. Besonders unser christlicher Metallarbeiterverband hat es bisher und in letzter Zeit durch sein energisches Eintreten für die Hütten- und Walzwerksarbeiter bewiesen, wie er bestrebt ist, seinen Mitgliedern bessere Verhältnisse zu schaffen. Mit einem Appell, ein jeder möchte Agitator für unseren Verband sein, schloß Redner seine Ausführungen ab. Es ist nun zu beklagen, daß so wenige unsere Hütten- und Walzwerksarbeiter da waren. Aber diese armen, geplagten Menschen stehen gerade in Oberhessen unter der Gewalt der Unterwerfung.

Am selben Sonntag war eine Festversammlung der „Selben“ Hüttenvereine. Mit blutendem Herzen mußte man sehen, wie diese armen Menschen mit schönen Worten und Almosen über die Ohren gehauen werden. In dieser Versammlung waren wohl alle Direktoren, Generaldirektoren und höhere Beamte erschienen, um den Arbeitern klar zu machen, wie verberlich für sie der Eintritt in eine Organisation ist. In dieser Versammlung wurde auch der Geheimrat „Nigler“ vom Saarrevier als Ehrenvorsitzenden der Selben Oberhessens gewählt. Dieser spielte auch in dem Nebensitz den höchsten Trumpf aus mit den Worten: „Wir wissen, daß wir soziale Pflichten zu erfüllen haben, aber haltet nur fest zu uns, zu euren Beamten, zum Wohle der Industrie.“ (Soll wohl heißen zum Wohle der Unternehmer. D. G.) Der Herr Geheimrat weiß also, daß die Unternehmer soziale Pflichten zu erfüllen haben, hat aber wohlweislich verschwiegen, ob die Unternehmer auch ernstlich gewillt sind, diese Pflichten den Arbeitern gegenüber zu erfüllen, sondern er tröstet die Arbeiter nur mit den Worten: Haltet fest zu uns usw.

Die armen Arbeiter werden auch in Zukunft verlassen sein, wenn sie nicht bald zur Erkenntnis kommen, daß nur eine starke Organisation ihnen helfen kann, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Darum Arbeiter Oberhessens! Aufgewacht! Jetzt zusammengeschlossen im christlichen Metallarbeiterverband, seid ihr eine Macht, die selbst die Unternehmer nicht zurückweisen können.

**E. F. Menden.** Die An- und Abmeldung zur Erwerbslosenunterstützung hat von nun an beim Kollegen S. Korkmann, Turmstraße, zu geschehen. Derselbe ist abends nach 7 Uhr, mittags von 12-1 Uhr zu Hause anzutreffen. Die Zeitungen können von den Vertrauensmännern jeden Freitag, abends nach 7 Uhr, beim Kollegen Gauer, Ostwall 331, abgeholt werden. Die Kollegen wollen sich in Zukunft danach richten.

### Geldgänge bei der Hauptkasse im Oktober.

- |                       |                          |                      |                       |
|-----------------------|--------------------------|----------------------|-----------------------|
| Commern 102,55,       | Neulinghausen 15,17,     | Zabrze 13,—,         | Schwarzhau 76,55,     |
| Canau 60,50,          | Amern 395,48,            | Kohlshaidt 654,27,   | Jülich 86,07,         |
| Udersdorf 46,75,      | Oeien 6,50,              | Angolshat 6,60,      | Erlangen 30,75,       |
| Wüllich 13,95,        | Wierkeim 54,10,          | Heddernheim 42,17,   | Walden 1,20,          |
| Rohheim 126,79,       | Leipzig 16,72,           | Waldorf 59,60,       | Schwöb. Gmünd 1500,—, |
| Enten 9,—,            | Saarbrücken 5088,68,     | Schneidmühl 242,65,  | Diegitz 11,25,        |
| Schmerin 15,40,       | Stadau 12,—,             | Schmalach 150,—,     | Wirmalens 47,93,      |
| Heidelberg 174,12,    | Rasseraffingen 264,65,   | Zabrze 8,45,         | Wirmalens 3,—,        |
| Oberstein 100,11,     | Gleibitz 150,97,         | Hagen 400,—,         | Supen 182,27,         |
| Horbach 128,62,       | Mühlhausen i. Th. 58,82, | Neumarkt 45,—,       | Eleve 18,55,          |
| Rafast 37,50,         | Wiemern 66,10,           | Simm 58,40,          | Elbing 15,65,         |
| Tutzingen 84,—,       | Altötting 112,47,        | Ragewald 276,32,     | Dinkelsbühl 5,—,      |
| Reifen 50,15,         | Hamberg 40,08,           | Lobdau 62,29,        | Schwabach 3,—,        |
| Kuertach 481,—,       | Gutenbach 367,20,        | Reigels 87,64,       | Giltenburg 60,95,     |
| Konstanz 153,91,      | Selich 28,54,            | Brand 255,82,        | Eulzbach 857,32,      |
| Olpe 88,05,           | Bremerhaven 44,25,       | Widraht 174,20,      | Sandberg 65,32,       |
| Iderenach 29,78,      | Ulm 98,08,               | Caarbrücken 600,—,   | Gilendorf 686,96,     |
| Dinklage 317,31,      | Rheine 254,—,            | Kanensburg 106,07,   | Mattlarum 4,40,       |
| Wuppen 26,50,         | Willingen 253,30,        | Werratal 8,—,        | Niederpleis 24,25,    |
| Kemigshaidt 97,72,    | Augsburg 51,20,          | Furtfeld 251,11,     | Rapenburg 469,75,     |
| Furtwangen 555,20,    | Reichenstein 31,75,      | Koth 72,20,          | Rheinfelden 6,90,     |
| Hofheim 562,27,       | Stettin 32,82,           | Gienach 164,25,      | Altenburg 417,50,     |
| Seathröden 800,—,     | Schneidmühl 356,82,      | Sölingen 125,91,     | Schnierdorf 145,88,   |
| Wapel 19,34,          | Hochmernerich 5,—,       | Waal 204,20,         | Deuz 157,95,          |
| Wemer 49,95,          | Eieburg 16,40,           | Rosenauheide 439,76, | Widlar 124,50,        |
| Kath-Seumar 143,60,   | Korantmühl 21,—,         | Wre nig 145,38,      | Berlin 1326,64,       |
| Wörrach 107,04,       | Teubitz 76,50,           | Weller 131,03,       | Geisweid 317,22,      |
| Hammerau 24,92,       | Raff 1251,60,            | Stin 917,88,         | Wuppen 49,40,         |
| Görlich 89,99,        | Dingelshaidt 48,05,      | Braunhagen 84,55,    | Reheim 150,25,        |
| Käfershaidt 134,60,   | Reimathe 76,43,          | Canau 75,57,         | Ehrenfeld 58,20,      |
| Warenvorf 180,75,     | Schulzenich 60,25,       | Greid 381,17,        | Waid 401,57,          |
| Lambrecht 27,88,      | Sülich 92,62,            | Oberhausen 491,80,   | Honen 320,47,         |
| Waim 142,25,          | Walden 226,95,           | Kath-Rhein 774,73,   | Kochernich 150,27,    |
| Dagobert 644,31,      | Ruppertsroth 63,17,      | Höningen 65,63,      | Rattowitz 136,98,     |
| Gräflich 74,15,       | Reichlingen 239,50,      | Zeale 575,90,        | Hilbesheim 423,23,    |
| Errensbach 155,80,    | Neustadt 156,90,         | Fargig 155,60,       | Rinnenroth 126,39,    |
| Wülbelschütte 165,40, | Hüssach 80,70,           | Schweidnitz 49,70,   | Gaffel 46,52,         |
| Durlach 24,12,        | Wuppen 9,—,              | Geandberg 40,78,     |                       |

### Briefkasten der Redaktion.

**Kollege R. Frontenthal.** Die Angelegenheit wurde in unserem Organ ja schon näher behandelt, sodas sich im gegenwärtigen Stadium die Aufnahme deines Artikels erübrigt. Warten wir ab, bis die Sache weiter geblieben ist. — **Kollege S. Essen.** Ein Artikel über die Tagung des Zentralverbandes deutscher Industrieller erscheint in der nächsten Nummer. — An Verschiedene. Eine Anzahl von Berichten mußte wegen Stoffandrang für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

### Briefkasten der Verbandsleitung.

An Kollege J. E. in M. Die Revisoren haben nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht, bei Prüfung der Quartalsabrechnungen und Kassenrevisionen sehr genau zu Werke zu gehen. Für jede Ausgabe muß ein Beleg vorhanden sein; ebenso hat der Kassierer die Verpflichtung, das Geld in bar vorzulegen. Darin liegt kein Mißtrauen, sondern gehört zur Ordnung. Ein Kassierer soll dieses schon unaufgefordert tun, denn um leere Zahlen zusammen zu addieren, sind die Revisoren nicht da. — An manchen Stellen scheint der Kassierer noch sonderbare Ansichten über Kassenrevisionen zu haben,

haben, sonst könnten über solche Dinge keine Meinungsverschiedenheiten austreten.

Um zu unterstützen dürfen nur gezahlt werden, wenn der Umzug mit der Familie tatsächlich erfolgt ist, nicht aber, wenn der Mann außerhalb des bisherigen Wohnortes Arbeit nimmt und die Familie am Orte verbleibt. Auch darüber soll in einer alten Ortsgruppe Klarheit herrschen.

### Sterbetafel.

**Wülheim (Rhein).** Am 20. Oktober starb unser Mitglied Scholz an einem Lungenleiden. Ihre selnem Andenken!

### Versammlungskalender.

Kollegen! Ein pflichtbewußter Gewerkschaftler wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen.

**Altötting.** Sonntag, den 10. November, vorm. 10 Uhr Versammlung.

**Waldenburg.** Samstag, den 9. Nov., abends 6 1/2 Uhr Gewerkschaftshaus, Seitenstraße 19 Versammlung.

**Dortmund.** Sonntag, den 10. November, morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus Zitastraße 4. Erscheinenspflicht. Former und Eisenarbeiter. Mittwoch den 13. November, abends 9 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. Freitag, den 15. November, abends 9 Uhr Vorstandsv. Vertrauensmännerführung im Gewerkschaftshaus. Sonntag, den 17. November, vorm. 11 Uhr Mitglieder-Versammlung.

**Essen.** Am Sonntag, den 10. November, vorm. 11 1/2 Uhr findet im Vereinshaus zu Altdorf, Unterdorfstr. 3 die vierte jährliche General-Versammlung der Ortsverwaltung statt. Die Kollegen werden dringend gebeten pünktlich und vollständig zu erscheinen. (Schlosser und Schmiede des Kleingewerbes). Sonntags den 4. November, abends 8 1/2 Uhr Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

**Essen-Segeroth.** Sonntag, den 10. November, abends 7 Uhr im Lokale Witwe Berlen Vorstandsv. und Vertrauensmännerführung. Sonntag, den 17. November, abends 7 Uhr Versammlung bei Riet Büsch Segerothstraße.

**Essen-Mittelscheid.** Sonntag, den 10. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Wälken, Süttenscheiderstr.

**Essen-Sittrop.** Sonntag, den 10. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Stallrop.

**Essen-Berge-Forbeck.** Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Forckmann, Hochstraße.

**Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr Versammlung bei Rötgen Frohnhauserstraße.

**Essen-Stadt.** Sonntag, den 17. November, abends 7 Uhr Versammlung im christl. Gewerkschaftshaus Frohnhauserstr.

**Essen-Killinghausen.** Sonntag, den 17. November, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Köhne.

**Essen-Kray.** Sonntag, den 17. November, vorm. 11 Uhr Versammlung bei Gontenkerg.

**Essen-Altenessen.** Mittwoch, den 20. November, nachm. 5 Uhr Versammlung bei Eßer Hammerstraße.

**Geisweid.** Samstag, den 9. November findet im Lokale Schüler unsere Mitglieder-Versammlung mit Sonntag statt.

**Gelsenkirchen-Nordstadt.** Sonntag, den 10. Nov., nachm. 5 Uhr Versammlung mit Frauen bei Urlaub, Bochumerstr.

**Gelsenkirchen-Seyler.** Montag, den 11. November, abends 7 Uhr Versammlung bei Köhler.

**Gelsenkirchen-Schafke.** Sonntag, den 10. Nov., vorm. 11 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Sprenger bei Wegener.

**Kass.** Sonntag, den 10. Nov., morgens punkt 10 Uhr Versammlung bei Schorohd.

**Markt-Siedwitz.** Sonntag, den 17. November, abends 7 Uhr bei Fritz Greger, Vereinshaus, Familienfest.

**Oberhausen.** Sonntag, den 10. November, nachm. 5 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Oberhoffel. Dehler Markt.

**Ober-Schönweide.** Am 16. November, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Jos. Kleih, Vereinslokal.

**Wapenburg.** Sonntag, den 10. November, 4 Uhr nachm. Kartell-Versammlung im „Hotel Sittig“. Referent Kollege Hülsmann.

**Eulzbach (Obernäh).** Sonntag 10. Nov. Mitglieder-Versammlung bei Jos. Schall. — In Adresse unserer Versammlungen ist: Wolfgang Schleicher, Langgasse 21. Alle Meldungen sind bei ihm zu machen und auch die Unterstützungen im Bezug zu nehmen.

**Selbert.** Samstag, den 9. November, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche General-Versammlung. Referent: Bezirksleiter Kollege Broich-Waldorf.

**Wasseraffingen.** Sonntag, den 10. November, nachm. 3 Uhr Mitglieder-Versammlung im Röhle von Höttingen wofür auch der kath. Arbeiterverein vor: Höttingen freundlich eingeladen ist. Referent Kollege Gerhard.

**Wettmar.** Sonntag, den 10. November, abends 6 Uhr bei Hübner Mitglieder-Versammlung.

# Riepenferl-

## Tabake sind allen voraus!

1/2 Bld.-Paquete à 20 Pfg. bis 1 Mark.

Heberall künstlich!

Aleinige Fabrikanten:

# Oldenkott-Rees.